

# Finanzen und Wirtschaftspolitik

## Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben

In der Folge der Beratungen über den Voranschlag 1997 wurde dem Wiener Gemeinderat ein Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 1997–2001 vorgelegt.

Dem eigentlichen Finanz- und Investitionsplan wurde eine Darstellung des Finanzausgleiches 1997, der neuen Krankenanstaltenfinanzierung und des Wiener Haushaltes im Rahmen der Maastricht-Kriterien vorangestellt.

### Finanzausgleich 1997

Den Kernpunkt des neuen Finanzausgleiches, der gleichzeitig den Artikel 65 des Strukturanpassungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 201/1996, darstellt, bildet die Regelung, wie und in welchem Maße die steuerlichen Mehreinnahmen, die aus den Bestimmungen des Strukturanpassungsgesetzes resultieren, den einzelnen Gebietskörperschaften zugute kommen.

Die Strukturreform konzentriert sich einnahmenseitig auf das Schließen von Steuerlücken, auf das Streichen von Ausnahmebestimmungen und den Wegfall von nicht mehr als zeitgemäß zu betrachtenden Steuersubventionen. Dazu kommt die Einbeziehung von Strom und Gas in die Energiebesteuerung. Auch das Poststrukturgesetz hat indirekte steuerliche Auswirkungen, indem die Post und Telekom Austria AG als Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes fungiert und daher unter anderem nunmehr die Fernspreckgebühren mit Umsatzsteuer belastet sind und von den Gewinnen des neuen Unternehmens Körperschaftsteuer zu entrichten sein wird. Überdies ist damit die Kommunalsteuerpflicht außer Streit gestellt.

Bei den Bundesabgaben wird für 1997 mit einem Mehrertrag von insgesamt rund 53 Milliarden Schilling gerechnet, wovon rund 90 Prozent auf die Ertragssteuern und die neuen Energiesteuern entfallen. Die Auswirkungen der Kommunalsteuerpflicht der Post werden für 1997 auf etwas mehr als 500 Millionen Schilling geschätzt.

Der Finanzausgleich 1997 soll, ebenso wie die Vereinbarungen über die Krankenanstaltenfinanzierung und über die Verteilung der Wohnbauförderungsmittel, für vier Jahre Gültigkeit haben und schließt nahtlos an den Finanzausgleich 1993 an.

Zur Regelung der Auswirkungen des Sparpaketes wurden die neuen Energieabgaben als ausschließliche Bundesabgaben konstruiert und vereinbart, daß die durch die steuerlichen Maßnahmen zu erzielenden Mehrerträge bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben nach den Bestimmungen des bisher geltenden Finanzausgleichs auf die Gebietskörperschaften aufgeteilt werden, mit der Ausnahme, daß Länder und Gemeinden zu Lasten ihrer Mehreinnahmen einen sogenannten Konsolidierungsbeitrag in Höhe von insgesamt 3,75 Milliarden Schilling an den Bund zu leisten haben. Es entspricht dies einem Teil im Ausmaß von rund 36 Prozent der erwarteten Mehrerträge, wovon 2,29 Milliarden Schilling auf die Länder und 1,46 Milliarden Schilling auf die Gemeinden entfallen.

Nach Abzug dieses Konsolidierungsbeitrages sollen nach aktuellen Schätzungen aus dem Mehraufkommen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben im Jahr 1997 den Ländern rund 3,8 Milliarden Schilling und den Gemeinden etwa 3,1 Milliarden Schilling zufließen, wobei allerdings ein Teil dessen wegen der zeitlichen Verzögerung bei der Überweisung der Ertragsanteile-Vorschüsse erst 1998 kassenwirksam werden wird.

Obwohl die Elektrizitäts- und die Erdgasabgabe als ausschließliche Bundesabgaben gestaltet sind, werden die Länder und Gemeinden dadurch indirekt an deren Ertrag beteiligt sein, daß aus diesem Aufkommen Finanzzuweisungen an die Gebietskörperschaften bestritten werden, und zwar in Form einer Finanzzuweisung „zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen“. Im Bundesvoranschlag 1997 sind aus diesem Titel 691 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Gemeinden profitieren von den neuen Energiesteuern weiters durch eine Aufstockung der Finanzzuweisung „für die Förderung von öffentlichen Personennahverkehrsunternehmungen und für Personennahverkehrsinvestitionen“ im Ausmaß von für 1997 knapp 300 Millionen Schilling.

Der für 1997 einmalig vorgesehene Zweckzuschuß an die Länder zur Errichtung und Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen im Ausmaß von 600 Millionen Schilling kann nicht als echter Gewinn bezeichnet werden, weil fast der gesamte Betrag auf einen eher einmaligen Effekt beim Körperschaftsteueraufkommen zurückzuführen ist, der den Ländern sonst auf andere Weise zugute gekommen wäre.

Die durch die Aufhebung zweier Aufteilungsschlüssel für den Wohnbauförderungs-Zweckzuschuß durch den Verfassungsgerichtshof notwendig gewordene Neuregelung dieser Materie führte schlußendlich zu dem Kompromiß, daß dieser Zweckzuschuß für die Jahre ab 1996 unbefristet auf 24,5 Milliarden Schilling eingefroren wurde, womit den Ländern um etwa 1,2 Milliarden Schilling mehr zufließen, als im Jahr 1995.

Die positiven Auswirkungen der Regelungen des neuen Finanzausgleiches 1997 für Wien kommen im Voranschlag deutlich zum Ausdruck.

Die Ertragsanteile sind für 1997 um 2,7 Milliarden Schilling höher veranschlagt als für 1996, was rund zur Hälfte auf das Konto Finanzausgleich zurückzuführen ist. Als Anteil an der neu geschaffenen Bedarfszuweisung zur Wieder-

herstellung oder Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Haushalt werden 675 Millionen Schilling an Mehreinnahmen erwartet, aus der Finanzaufweisung zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen 140 Millionen Schilling. Rund 180 Millionen Schilling betragen die Mehreinnahmen aus den Finanzaufweisungen für die Förderung von öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen und für Personennahverkehrsinvestitionen.

### Krankenanstaltenfinanzierung

Kernstück der mit 1. Jänner 1997 in Kraft getretenen Neuregelung der Krankenanstaltenfinanzierung ist die Auflösung des vor zwanzig Jahren ins Leben gerufenen Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (KRAZAF). An seine Stelle treten neun Landesfonds, die primär aus den bisher an den KRAZAF zur Verfügung gestellten Mitteln, aus den von den Krankenversicherungsträgern direkt an die Spitalerhalter geleisteten Beiträgen und aus zusätzlichen Mitteln des Bundes gespeist werden und denen so für 1997 insgesamt rund 46 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen.

Der mit 37 Milliarden Schilling größte Teil dieser Mittel stammt von den Krankenversicherungsträgern und wird jährlich im prozentuellen Ausmaß deren Einnahmensteigerung valorisiert. Die Neuregelung der Krankenanstaltenfinanzierung wurde in Wien durch die Schaffung des Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF) umgesetzt und führte auch zu einer veränderten Darstellung der Leistungsströme im Wiener Haushalt. Besonders deutlich wird dies dadurch, daß die Mittel der Krankenversicherungsträger direkt dem WIKRAF überwiesen werden und daher im Wiener Haushalt keinen Niederschlag mehr finden.

### Der Wiener Haushalt im Rahmen der Maastricht-Kriterien

Zwischen den Gebietskörperschaften war vereinbart, daß der nach den Maastricht-Kriterien für das öffentliche Defizit zulässige Rahmen von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu 90 Prozent vom Bund und zu 10 Prozent von den Ländern und Gemeinden ausgenützt werden darf. Der Bund hat dieser Zielvorgabe im Voranschlag 1997 mit einem Maastricht-Defizit in Höhe von 67 Milliarden Schilling entsprochen. Auch Wien hat sein Maastricht-Defizit, das sich mit höchstens 4,5 Milliarden Schilling beziffert, strikt eingehalten.

Dabei ist zu beachten, daß sich das öffentliche Defizit nach den Maastricht-Kriterien in zwei Punkten ganz wesentlich vom sogenannten administrativen Defizit, wie es im Voranschlag ausgewiesen ist, unterscheidet.

Bei der Definition, was unter „öffentlich“, „zum Staat gehörig“ zu verstehen ist, gilt es zu berücksichtigen, daß institutionelle Einheiten der Gebietskörperschaften, die sogenannte marktbestimmte Dienstleistungen erbringen, nicht dem öffentlichen, sondern dem privaten Sektor zugerechnet werden. Zur Beurteilung, welcher Charakter einer institutionellen Einheit zuzumessen ist, dienen drei Kriterien: Die Einheit muß

- über eine vollständige Rechnungsführung verfügen,
- weitgehende Entscheidung in der Ausübung ihrer Hauptfunktion besitzen und
- mindestens zur Hälfte kostendeckend geführt werden.

In Wien sind die genannten Kriterien jedenfalls in den Bereichen

- Betriebe der Wasserversorgung,
- Betriebe der Abwasserbeseitigung,
- Betriebe der Müllbeseitigung und
- Betriebe für das Vermieten von Wohn- und Geschäftsgebäuden erfüllt.

Zur klareren Abgrenzung und leichteren statistischen Erfassung wurde für diese Betriebe im Ansatzverzeichnis der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung ein eigener Abschnitt 85 eröffnet, dem auch im Voranschlag für 1997 Rechnung getragen wurde, indem die Wasserversorgung vom Ansatz 8100 auf den Ansatz 8500 transferiert, die Abwasserbeseitigung von 8110 auf 8510, die Müllbeseitigung von 8130 auf 8520 verlegt wurde und das auf Ansatz 8530 verrechnete „Wiener Wohnen“ den Ansatz 8461 und den größten Teil des Ansatzes 8463 abgelöst hat. Diese neuen Ansätze gehen in die Berechnung des Maastricht-Defizits nurmehr mit ihrem Saldo – einer fiktiven Verlustabdeckung bzw. Gewinnabfuhr entsprechend – ein.

Aber auch unter dem Begriff „Defizit“ ist etwas anderes zu verstehen, als es im Voranschlag oder im Rechnungsabschluß bedeutet.

Die im Wiener Budget enthaltenen Positionen „Abwicklung Vorjahre“ und „Ausgleich der Jahresrechnung“ bleiben bei der Berechnung des Maastricht-Defizits unberücksichtigt, da es sich lediglich um budgettechnische Transaktionen handelt. Weiters unberücksichtigt bleiben die sogenannten Finanztransaktionen, also

- die Aufnahme und Rückzahlung von Anleihen und Darlehen,
- die Gewährung von Darlehen und deren Rückzahlung,
- der Erwerb und die Veräußerung von Wertpapieren und Beteiligungen sowie
- Zuführungen an und Entnahmen aus Rücklagen.

Für die abschließende Berechnung des Defizits gibt es zwei Möglichkeiten, nämlich die Subtraktionsmethode, bei der man von der Einnahmen- und Ausgabensumme ausgeht, die nicht in die Berechnung des Maastricht-Defizits einfließenden Positionen abzieht und schließlich den Saldo um die Finanztransaktionen der marktbestimmt agierenden Betriebe und Unternehmungen bereinigt, und die additive Methode, bei der die Einnahmen und Ausgaben nach Kri-

terien zusammengefaßt werden, die der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entlehnt sind und so Schritt für Schritt die Finanzstruktur offenlegen.

Unter Verwendung beider Methoden ergibt sich für Wien ein Maastricht-Defizit in Höhe von 4,415 Milliarden Schilling für das Jahr 1997.

Der Maastricht-Schuldenstand umfaßt nur jene Finanzschulden, die aus Anleihen und aus Darlehen von Banken und Versicherungen stammen, nicht aber solche von Gebietskörperschaften oder öffentlichen Fonds, und auch nur solche, die für den eigenen Haushalt im engeren Sinne, also nicht für marktbestimmte Betriebe und Unternehmungen aufgenommen wurden.

Zum 31. Dezember 1995 ergibt sich für Wien ein Maastricht-Schuldenstand in Höhe von rund 33,2 Milliarden Schilling, womit Wien von den „erlaubten“ Maastricht-Schulden des öffentlichen Sektors etwa 2 Prozent in Anspruch nimmt.

Vertreter der Abteilung wirkten in diversen Arbeitsgruppen wie z. B. der Arbeitsgruppe zur Quantifizierung der mit dem Ärzte-Arbeitszeitgesetz verbundenen zusätzlichen Kosten im Gesundheitsbereich, der Arbeitsgruppe über die weitere Finanzierung des Hubschrauber-Rettungsdienstes und der beim Bundeskanzleramt eingerichteten Arbeitsgruppe zur pauschalen Abgeltung der mit der Urheberrechtsgesetznovelle 1993 geschaffenen Bibliothekstantieme mit.

Bei der Aufschließung von Betriebsbaugeländen wurde im Industriepark Nord eine weitere Ausbaustufe im Bereich Wagramer Straße in Angriff genommen. Im Gewerbepark Stadlau erfolgte die Fertigstellung der ersten Ausbaustufe. Mit diesen Aufschließungsmaßnahmen können 25 Betriebe angesiedelt und rund 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Mit Landesgesetz für Wien, LGBL. für Wien Nr. 41/1996, wurde die Errichtung eines Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF) beschlossen, dessen Aufgabenbereich, vereinfacht ausgedrückt, alle Finanzierungsangelegenheiten aller öffentlichen Spitäler sowie jener privaten Krankenanstalten, die nach den Bestimmungen des Wiener Krankenanstaltengesetzes gemeinnützig geführt werden, umfaßt. Organ des Fonds ist die Wiener Fondskommission, die Beistellung der sachlichen und personellen Erfordernisse sowie die Führung der Geschäfte der Fondskommission obliegt dem Amt der Wiener Landesregierung, geschäftseinteilungsmäßig der Abteilung. Aus diesem Anlaß wurde in diesem Bereich eine eigene Gruppe „Spitalsfinanzierung“ ins Leben gerufen.

Im Bereich der Revisionsstelle der Abteilung wurden im Jahre 1996 insgesamt rund 30.100 Abgabenprüfungen durchgeführt. Der fiskalische Erfolg dieser Überprüfungen beträgt insgesamt rund 242 Millionen Schilling.

Im Rahmen der gemeinsamen Aktion der Stadt Wien mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft (U-Bahnhilfsaktion) wurden diverse Ansuchen von Gewerbetreibenden, die sich durch den U-Bahn-Bau in ihrer Existenz bedroht sahen, überprüft und entsprechende Hilfsmaßnahmen eingeleitet.

Die Tätigkeit des Referates 3-Budgetkontrolle und Kollaudierung umfaßte insgesamt rund 420 Baustellen, wobei etwa 19.000 Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von rund 12,4 Milliarden Schilling geprüft wurden. Dabei wurden Einsparungen in Höhe von rund 751 Millionen Schilling erzielt.

Der Wiener Landtag hat am 24. Juni 1996 mit LGBL. für Wien Nr. 24 das Wiener Karenzurlaubszuschußgesetz beschlossen. Für die Beamten des Dienststandes der Gemeinde Wien, die als alleinstehende Elternteile Anspruch auf Karenzurlaubsgeld oder Ersatzleistung haben, kann über Antrag ein Zuschuß von monatlich 2.500 S gewährt werden. Die Rückzahlung des Zuschusses erfolgt in Form einer Abgabe, die vom jeweils anderen Elternteil zu entrichten ist.

Mit Verordnung vom 29. Oktober 1996, LGBL. für Wien Nr. 56, wurde der Einheitssatz der Ausgleichsabgabe nach dem Wiener Garagengesetz von 80.000 S auf 120.000 S erhöht.

Im Zuge der Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in Wien wurden von den Bediensteten der Abteilung bis Ende November 1996 insgesamt rund 481.000 Organstrafverfügungen ausgestellt. In insgesamt rund 32.300 Fällen mußte Anzeige erstattet werden. Es waren rund 132.000 Strafverfahren zu führen.

Bedingt durch die Änderung der Geschäftseinteilung mit 29. November 1996 wurde die Kontrolle der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen sowie die Durchführung der einschlägigen Strafverfahren in den Zuständigkeitsbereich der MA 67 übertragen.

Seit dem Beitritt zur Europäischen Union und der damit verbundenen Erweiterung des Rechtsquellensystems versuchen Steuerpflichtige gegen die Getränkesteuer mit dem Argument, diese wäre EU-widrig, anzukämpfen. Sie widerrufen dabei ihre bereits gelegten Steuererklärungen und erzwingen damit ein Verfahren und einen rechtsmittel-fähigen Bescheid der Abgabenbehörde. Obwohl nach der Judikatur des Europäischen Gerichtshofes die Getränkesteuer als EU-rechtlich unbedenklich einzustufen ist und diese Tatsache auch in zahlreichen Fachzeitschriften publiziert wurde, war die Tendenz auf Bescheiderlassung im Berichtsjahr stark steigend. In einem dieser Getränkesteuerverfahren hat mittlerweile der Verfassungsgerichtshof die Behandlung der Beschwerde abgelehnt, da dem Beschwerdevorbringen keine hinreichende Aussicht auf Erfolg zugemessen wurde.

## Finanzwirtschaft und Haushaltswesen

Wichtige Veränderungen sind in der Gesetzgebung, wie folgt, eingetreten:

BGBL. Nr. 20/1996

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994

BGBL. Nr. 653/1996

Bundesgesetz über die Gründung und Beteiligung an der Nationalparkgesellschaft Donau-Auen GmbH.

BGBL. Nr. 751/1996

Bundesgesetz, mit dem das Krankenanstaltengesetz geändert wird (KAG-Novelle 1996)

BGBL. Nr. 752/1996

Bundesgesetz, mit dem das Ärztegesetz 1984 geändert wird

BGBL. Nr. 783/1996

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Diagnosen- und Leistungsdokumentation im stationären Bereich

BGBL. Nr. 784/1996

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Dokumentation von Kostendaten in Krankenanstalten, deren Träger auf der Grundlage der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 finanziert werden (Kostenrechnungsverordnung für Fondskrankenanstalten)

BGBL. Nr. 785/1996

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Dokumentation von Statistikdaten in Krankenanstalten, deren Träger auf der Grundlage der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 finanziert werden (Statistikverordnung für Fondskrankenanstalten)

BGBL. Nr. 786/1996

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend die Dokumentation von Statistikdaten in Krankenanstalten, deren Träger auf der Grundlage der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 nicht finanziert werden (Statistikverordnung für Nichtfondskrankenanstalten)

LBGl. für Wien Nr. 22/1996

Kundmachung des Landeshauptmannes von Wien, betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1995

LGBL. für Wien Nr. 37/1996

Gesetz über den Nationalpark Donau-Auen (Wiener Nationalparkgesetz)

LGBL. für Wien Nr. 50/1996

Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Festlegung und Einteilung des Nationalparkgebietes (Wiener Nationalparkverordnung)

LGBL. für Wien Nr. 7/1997 (Genehmigung Wr. Landtag am 19. 12. 1996)

Kundmachung des Landeshauptmannes von Wien betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien zur Errichtung und Erhaltung eines Nationalparks Donau-Auen

### Stadthaushalt

Die Erstellung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1996 erfolgte gemäß § 86 WStV und der Haushaltsordnung (MD-2349-1/85, MD-1624-1/87 und MD-1588-1/89). Er wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 28. bis 29. November 1995 genehmigt. Bei der Festlegung der Einnahmen- und Ausgaben-

positionen wurde einerseits auf das voraussichtliche Ergebnis des laufenden Jahres und andererseits auf die Vereinbarung von Bund, Ländern und Gemeinden über einen Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte zur Einhaltung der sogenannten „Maastricht Kriterien“ Bedacht genommen.

Unter diesen Voraussetzungen sah der Voranschlag 1996 folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

	Schilling
Einnahmen .....	120.464,171.000 S
Ausgaben .....	133.891,008.000 S
Abgang .....	13.426,837.000 S

Die Einnahmen stiegen im Vergleich mit dem Vorjahr um 4,0 Prozent, die Ausgaben um 2,6 Prozent.

Die wichtigsten Einnahmearten und deren Anteil an den Gesamteinnahmen zeigt folgende Übersicht:

	Schilling	Anteil in Prozent
Eigene Steuern und Abgaben .....	18.276,580.000	15,2
Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben .....	32.585,000.000	27,1
Einnahmen aus Leistungen .....	16.350,041.000	13,6
Beiträge des Bundes für den Lehrpersonalaufwand .....	6.898,682.000	5,7
Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse .....	7.382,242.000	6,1
Eigene Fremdmittelaufnahmen .....	3.519,371.000	2,9
Fremdmittelaufnahmen für Dritte .....	127,003.000	0,1
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung .....	4.868,359.000	4,0
Beiträge Dritter zum Schuldendienst .....	-1.155,540.000	1,0
Sonstige Einnahmen .....	29.301,353.000	24,3
Gesamtsumme .....	120.464,171.000	100,0

Der Anteil der eigenen Steuern und Abgaben an den Gesamteinnahmen bleibt gegenüber dem Vorjahr mit 15,2 Prozent gleich, stieg jedoch nominell um 663 Millionen Schilling auf 18.277 Millionen Schilling. Es entfielen auf: Landes- und Gemeindeabgaben 11.929,000.000 S, Wassergebühren 2.261,580.000 S, Abwassergebühren 2.240,000.000 S, Müllabfuhrabgabe 1.840,000.000 S, Zuschläge zu den Wettgebühren 6,000.000 S.

Die präliminierten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben einschließlich des Anteiles an der Spielbankabgabe stiegen lediglich um 500 Millionen Schilling auf 32.585 Millionen Schilling, zumal die Entwicklung dieser Einnahmen bereits im Jahre 1995 weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren.

Die Einnahmen aus Leistungen stiegen um 604 Millionen Schilling auf 16.350 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen blieb unverändert wie im Vorjahr mit 13,6 Prozent. Im einzelnen entfielen auf: Gebührenersätze der Krankenanstalten und Pflegeheime 10.133 Millionen Schilling, Leistungserlöse der Kindertagesheime 268 Millionen Schilling, Leistungserlöse der Heime für Kinder und Jugendliche 225 Millionen Schilling, Leistungserlöse der Friedhöfe 417 Millionen Schilling, Leistungserlöse der Elektronischen Datenverarbeitung 673 Millionen Schilling, Leistungserlöse der Müllbeseitigung 744 Millionen Schilling, Leistungserlöse der Zentralwäscherei 101 Millionen Schilling, Leistungserlöse der Bäder 140 Millionen Schilling, Sonstige Leistungserlöse 609 Millionen Schilling, Nebenerlöse 318 Millionen Schilling, Gebühren für sonstige Verwaltungsleistungen 81 Millionen Schilling, Kostenersätze im Pflegekinderwesen 81 Millionen Schilling, Kostenersätze im Rahmen der Sozialhilfe und der Betreuung zu Hause 1.213 Millionen Schilling, Kostenersätze im Rahmen der Pflegeheime und Krankenanstalten 628 Millionen Schilling, Kostenersätze des Bundes für Leistungen im Rahmen des Bundesstraßenbaues 64 Millionen Schilling, auf Kostenersätze im Zentralen Einkauf 27 Millionen Schilling und auf sonstige Ersätze 628 Millionen Schilling.

Die Beiträge des Bundes für den Lehrpersonalaufwand erhöhten sich nominell um 219 Millionen Schilling auf 6.899 Millionen Schilling, ihr Anteil sank gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozent auf 5,7 Prozent.

Die Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse stiegen von 6.889 Millionen Schilling im Jahre 1995 auf 7.382 Millionen Schilling. Davon entfielen auf Zweckzuschüsse Wohnbauförderung und Wohnhaussanierung 6.455 Millionen Schilling (Vorjahr 5.972 Millionen Schilling).

Der prozentuelle Anteil der eigenen Fremdmittelaufnahmen sank im Vergleich mit dem Vorjahr um 0,4 Prozent auf 2,9 Prozent. Einerseits ergaben sich Mindereinnahmen bei den Darlehen nach dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (43 Millionen Schilling), bei den Instandhaltungsdarlehen für städtische Wohnhäuser (293 Millionen Schilling), bei den Darlehen für den Wohnbau (117 Millionen Schilling) und bei den Landesdarlehen, die nunmehr durch Hypothekendarlehen ersetzt werden (417 Millionen Schilling), andererseits Mehreinnahmen bei den Darlehen

für die Siedlungswasserwirtschaft (+ 200 Millionen Schilling), sowie bei den Darlehen nach dem Wohnhaussanierungsgesetz (+ 410 Millionen Schilling).

An Fremdmittelaufnahmen war ein Gesamtbetrag von 3.519 Millionen Schilling vorgesehen, und zwar Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds 35 Millionen Schilling, Darlehen für Wohnhaussanierung 1.254 Millionen Schilling, Instandhaltungsdarlehen für städtische Wohnhäuser 683 Millionen Schilling, Darlehen für den Wohnbau 907 Millionen Schilling, Darlehen für die Siedlungswasserwirtschaft 640 Millionen Schilling.

Bei den Fremdmittelaufnahmen für Dritte ergab sich durch den Wegfall jeglichen Fremdmittelbedarfes der Wiener Stadtwerke auch weiterhin ein Rückgang auf 127 Millionen Schilling, der für weiterzugebende Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG vorgesehen war.

Die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung enthält die Weiterverrechnung der von der Finanzverwaltung für andere Dienststellen aufgenommenen Darlehen und die Beiträge zum Schuldendienst. Der Anteil an den Gesamteinnahmen sank gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozent. Vorgesehen war die Weiterverrechnung von Darlehen im Gesamtbetrag von 2.879 Millionen Schilling, davon Darlehen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds mit 35 Millionen Schilling, Instandhaltungsdarlehen für städtische Wohnhäuser mit 683 Millionen Schilling, Darlehen für den Wohnbau mit 907 Millionen Schilling, sowie Darlehen für Wohnhaussanierung mit 1.254 Millionen Schilling. Die Beiträge zum Schuldendienst waren mit 1.989 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Beiträge Dritter zum Schuldendienst sanken gegenüber dem Vorjahr um 100 Millionen Schilling auf 1.155 Millionen Schilling. Davon entfielen auf Beiträge zum Schuldendienst von Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG 72 Millionen Schilling, Beiträge der Wiener Stadtwerke zur Tilgung und Verzinsung von Anleihen und Darlehen 1.083 Millionen Schilling.

Bei den sonstigen Einnahmen war sowohl ein anteilmäßiges Ansteigen um 1,1 Prozent als auch ein nomineller Anstieg um 2.487 Millionen Schilling auf 29.301 Millionen Schilling zu verzeichnen. Mehreinnahmen ergaben sich beim klinischen Mehraufwand mit 50 Millionen Schilling, bei den Pensionsbeiträgen der Wiener Stadtwerke mit 98 Millionen Schilling, bei den Pensionsbeiträgen mit 374 Millionen Schilling, bei den Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung mit 1.075 Millionen Schilling, bei der Umsatzsteuer Gutschrift mit 425 Millionen Schilling, bei der Veräußerung von Anteilen und Beteiligungen mit 525 Millionen Schilling, bei den Förderungszuschüssen für den Wohnungsbau mit 444 Millionen Schilling und bei der Entnahme von Rücklagen mit 323 Millionen Schilling. Des weiteren ergaben sich Mehreinnahmen beim Zweckzuschuß des Bundes nach dem KAG mit 213 Millionen Schilling, da wie bereits im Vorjahr infolge des Auslaufens der KRAZAF-Vereinbarung eine diesbezügliche Budgetierung vorzunehmen ist. Dem Entfall der Einnahmen aus dem KRAZAF von 5.815 Millionen Schilling stand nunmehr ein Zweckzuschuß des Bundes mit 1.869 Millionen Schilling gegenüber.

Mindereinnahmen waren hingegen insbesondere bei den Einnahmen aus der Verzinsung von Darlehen mit 350 Millionen Schilling, den Bundesbeiträgen für den Hochwasserschutz mit 176 Millionen Schilling sowie für die U-Bahn-Linien U 3 und U 6 mit 485 Millionen Schilling zu verzeichnen.

In der Gesamtsumme von 29.301 Millionen Schilling sind folgende größere Beträge enthalten:

	Millionen Schilling
Veräußerung von Erzeugnissen .....	91
Grundverkauf und -tausch .....	150
Verlosung und Verkauf von Wertpapieren .....	10
Verzinsung Wertpapiere .....	312
Einnahmen aus der Verzinsung von Darlehen .....	233
Zinsen .....	439
Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung .....	8.781
Klinischer Mehraufwand – Beitrag des Bundes .....	1.500
Pensionsbeiträge der Wiener Stadtwerke Verkehrsbetriebe .....	1.068
Verwaltungsstrafen .....	459
Pensionsbeiträge (einschließlich Landeslehrer) .....	2.027
Hochwasserschutz, Beitrag des Bundes .....	24
Beitrag des Bundes für die Linien U 3 und U 6 .....	1.526
Umsatzsteuer – Gutschrift .....	2.764
Entnahme aus Sonderrücklagen .....	2.814
Einnahmen aus der Tilgung und Verzinsung von Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues .....	1.063
Leistungen des Bundes nach den Bundes-Sonderwohnbaugesetzen .....	150
Abgabenstrafen .....	211
Förderungszuschüsse Wohnungsbau .....	1.694
Zweckzuschuß nach dem Krankenanstaltengesetz .....	1.869
Verschiedene Einnahmen .....	2.116

Eine Gliederung der Gesamtausgaben nach den wichtigsten Ausgabegruppen zeigt die nachstehende Tabelle:

	Schilling	Anteile in Prozent
Leistungen für das Personal .....	33.510,277.000	25,0
Pensionen und sonstige Ruhebezüge .....	8.350,279.000	6,2
Instandhaltungsaufwand .....	7.636,012.000	5,7
Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung .....	9.245,810.000	6,9
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe .....	127,003.000	0,1
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung .....	4.868,359.000	3,6
Eigener Schuldendienst .....	7.998,912.000	6,0
Schuldendienst für Dritte .....	1.155,540.000	0,9
Investitionen, Investitionsbeiträge und sonstige Kapitaltransfers .....	16.331,425.000	12,2
Sonstige Ausgaben .....	44.667,391.000	33,4
<b>Gesamtsumme .....</b>	<b>133.891,008.000</b>	<b>100,0</b>

Der prozentuelle Anteil der Leistungen für das Personal einschließlich der Pensionen und sonstiger Ruhebezüge an den Gesamtausgaben stieg gegenüber dem Jahr 1995 um 0,3 Prozent auf 31,2 Prozent. Nominell war ein Anstieg um 1.526 Millionen Schilling festzustellen.

Der Dienstpostenplan einschließlich Landeslehrer wurde von 69.243 um 589 auf 69.832 Bedienstete erhöht. Die Anzahl der Pensionisten einschließlich Landeslehrer wurde mit 23.620 (1995: 23.525) angenommen.

Der Instandhaltungsaufwand war anteilmäßig mit 5,7 Prozent um 0,1 Prozent geringer als im Vorjahr, nominell stieg er um 115 Millionen Schilling auf 7.636 Millionen Schilling.

Auf die einzelnen Instandhaltungsposten entfallen folgende Beträge:

Post:	Millionen Schilling
610 Instandhaltung von Grund und Boden .....	32
611 Instandhaltung von Straßenbauten .....	64
612 Instandhaltung von Wasser- und Kanalisationsbauten .....	473
613 Instandhaltung von sonstigen Grundstückseinrichtungen .....	21
614 Instandhaltung von Gebäuden .....	5.648
616 Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen .....	157
617 Instandhaltung von Fahrzeugen .....	85
618 Instandhaltung von sonstigen Anlagen .....	804
619 Instandhaltung von Sonderanlagen .....	352

An Aufwendungen im Rahmen der Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung waren im einzelnen vorgesehen für Wohnbau-Sonderprogramme 196 Millionen Schilling, Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 5.920 Millionen Schilling, Förderung der Wohnhaussanierung 2.826 Millionen Schilling, Förderung der Althaussanierung und der Stadterneuerung 4 Millionen Schilling und für Förderung nach den Bundes-Sonderwohnbaugesetzen 300 Millionen Schilling.

Die Weitergabe von Fremdmitteln für Dritte sowie die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung war in gleicher Höhe wie die entsprechenden Einnahmen veranschlagt.

Für den eigenen Schuldendienst waren 7.999 Millionen Schilling vorgesehen, das ist um 2.457 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Hauptgrund für diesen Anstieg war sowohl ein vermehrter Tilgungs- als auch Verzinsungsaufwand für Auslandsanleihen. Der prozentuelle Anteil dieser Ausgabengruppe stieg von 4,2 Prozent auf 6,0 Prozent. Für Tilgungen waren insgesamt 5.601 Millionen Schilling (gegenüber 3.804 Millionen Schilling für 1995) und für die Verzinsung 2.397 Millionen Schilling (Vorjahr: 1.738 Millionen Schilling) vorgesehen.

Der Schuldendienst für Dritte, der zur Gänze ersetzt wird, sank insgesamt um rund 100 Millionen Schilling auf 1.156 Millionen Schilling (Vorjahr: 1.255 Millionen Schilling), anteilmäßig sank er ebenfalls um 0,1 Prozent auf 0,9 Prozent. Es entfallen auf Fremdmittel der Wiener Stadtwerke 1.082 Millionen Schilling und auf Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG 73 Millionen Schilling.

Auf Grund der Vermögensübertragung des U-Bahn-Baues in die Wiener Stadtwerke – Verkehrsbetriebe per 1. Jänner 1993 stellt sich die Finanzierung des U-Bahn-Baues seither in Form einer Kapitalaufstockung bzw. der Weitergabe des Bundesbeitrages als Kapitaltransfer dar. Solchermaßen sind daher Sachinvestitionen, Investitionsbeiträge und Kapitaltransfers gemeinsam zu betrachten.

Bei den Investitionen, Investitionsbeiträgen und Kapitaltransfers ergab sich sowohl ein nomineller Rückgang um 1.371 Millionen Schilling auf 16.331 Millionen Schilling, als auch anteilmäßig um 1,4 Prozent auf 12,2 Prozent. Doch ist hier zu berücksichtigen, daß der konjunkturbelebungsbedingte Höchststand der Vorjahre, der ja – bewußt

eingesetzt – der rezessiven Wirtschaftslage entgegenwirken sollte, naturgemäß nicht weiterhin zu halten war; vielmehr wurde, wie bereits im Jahre 1995 begonnen, auf eine Konsolidierung Wert gelegt. Im Detail entfallen auf Investitionen 10.684 Millionen Schilling, Kapitaltransferzahlungen 2.709 Millionen Schilling und auf Kapitalzufuhr an die Wiener Stadtwerke 2.938 Millionen Schilling.

Die sonstigen Ausgaben stiegen nominell um 503 Millionen Schilling und erreichten 44.667 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil an den Gesamtausgaben betrug 33,4 Prozent (Vorjahr 33,8 Prozent).

Dieser Anstieg war hauptsächlich auf einen Mehrbedarf im Rahmen der Sozialhilfe mit 189 Millionen Schilling, auf Mehraufwendungen für Mieten mit 153 Millionen Schilling und für öffentliche Abgaben mit 163 Millionen Schilling, auf den Mehrbedarf von Medikamenten mit 197 Millionen Schilling, auf eine höhere Betriebsabgangsdeckung der Wiener Stadtwerke – Verkehrsbetriebe mit 273 Millionen Schilling, auf vermehrte Kulturförderungsmaßnahmen mit 65 Millionen Schilling, auf höhere Leistungsentgelte mit 407 Millionen Schilling und auf die zahlreichen, in den verschiedenen Ausgaben enthaltenen kleineren Positionen mit rund 484 Millionen Schilling zurückzuführen.

Minderausgaben ergaben sich hingegen durch geringere präliminierte Rücklagenzuführungen mit 104 Millionen Schilling. Des weiteren ergab sich im Vergleich mit dem Voranschlag 1995 eine größere Minderausgabe bei der Verrechnung der Abgänge aus Vorjahren, da der Haushalt des Rechnungsjahres 1994 zur Gänze aus Rücklagenentnahmen abgedeckt wurde und sich somit ein Vortrag auf das Jahr 1996 erübrigte.

In der Gesamtsumme sind folgende größere Posten enthalten:

	Millionen Schilling
Beteiligungen und Wertpapiere .....	8
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und verschiedene Verbrauchsgüter .....	1.018
Lebensmittel .....	650
Brennstoffe und Wärme .....	732
Druckwerke bzw. Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel .....	313
Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge .....	5.136
Gas und Strom .....	961
Transporte .....	512
Mietzinse .....	1.252
Öffentliche Abgaben (einschließlich USt) .....	2.440
Entgelte für sonstige Leistungen von Einzelpersonen, Firmen und juristischen Personen .....	8.183
Pflegegebührenüberrechnung St.-Anna-Kinderspital .....	364
Verstärkungsmittel .....	1.540
Beitrag an den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds .....	46
Leistungen an fremde Krankenanstalten .....	393
Betriebskostenzuschuß Wiener Stadtwerke – Verkehrsbetriebe .....	3.741
Pensionslasten der Wiener Stadtwerke – Verkehrsbetriebe .....	2.135
Transferzahlungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung .....	141
Sportförderung .....	87
Förderung von Kultur, Wissenschaft und Fremdenverkehr .....	1.489
Sonstige Subventionen und Beiträge .....	572
Sonstige Beiträge im Rahmen der Sozialhilfe .....	4.335
Soziale Dienste .....	3.618
Bezirksvoranschläge .....	1.050
Verschiedene Ausgaben .....	3.951

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 24. Juni bis 25. Juni 1996 genehmigte Rechnungsabschluß für das Jahr 1995 ergab bei Gesamteinnahmen von 136.540 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 146.449 Millionen Schilling einen Abgang von 9.909 Millionen Schilling. Somit konnte der im Voranschlag für das Jahr 1995 ausgewiesene Abgang von 14.719 Millionen Schilling um 4.810 Millionen Schilling verbessert werden. Zur Deckung des Abganges wurden 9.273 Millionen Schilling aus Fremdmittelaufnahmen und der restliche Fehlbetrag von 636 Millionen Schilling aus einer Rücklagenentnahme aus der Sonderrücklage „Vorzeitige Fremdmittelaufnahmen zur Deckung künftiger Abgänge“ herangezogen.

Der Voranschlag 1997 rechnet bei Gesamteinnahmen von 122.994 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 132.986 Millionen Schilling mit einem Gebarungsabgang von 9.992 Millionen Schilling, d. s. 7,5 Prozent der Gesamtausgaben. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuß auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag künftiger Verwaltungsjahre zu veranschlagen.

## Bezirksbudgets

Durch die Abschaffung der Gewerbe- und Lohnsummensteuer im Zuge der Steuerreform 1994 hat der Gemeinderat in der Sitzung vom 28. Juni 1995 beschlossen, daß für die Errechnung der Höhe der Bezirksmittel ab dem Jahre 1996 als neue Parameter

14,4 Prozent des Aufkommens an Kommunalsteuer und  
80 Prozent des Aufkommens an Dienstgeberabgabe

heranzuziehen sind (bisher 15 Prozent des Aufkommens an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, 16 Prozent des Aufkommens an Lohnsummensteuer und 49 Prozent des Aufkommens an Dienstgeberabgabe).

Solchermaßen standen den Bezirken für jene Angelegenheiten, die im § 103 der Wiener Stadtverfassung angeführt und deren Verwaltung von Haushaltsmitteln den Bezirksorganen übertragen sind, im Verwaltungsjahr 1996 rund 1.049 Millionen Schilling zur Verfügung. Und zwar rund 813 Millionen Schilling auf Grund des Aufkommens an Kommunalsteuer und 236 Millionen Schilling auf Grund des Aufkommens an Dienstgeberabgabe (für die Errechnung der Höhe der Bezirksmittel sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Verwaltungsjahres heranzuziehen, für die Bezirksmittel 1996 also die Aufkommen des Jahres 1994).

Daneben wurden den Bezirken auf Grund des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 30. Juni 1994 im Jahre 1996 – wie in den vorangegangenen Jahren – 80 Millionen Schilling für die bauliche Instandhaltung der Kindertagesheime und der allgemeinbildenden Pflichtschulen bereitgestellt. Allerdings können die Bezirke diese zusätzlichen Mittel nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie für solche bauliche Instandhaltungsmaßnahmen ein festgelegtes Mindestmaß aus eigenen Bezirksmitteln aufwenden.

Die Bezirksrechnungsabschlüsse 1995 wurden Mitte März des Berichtsjahres erstellt. Diese zeigten, daß bei Bezirksmitteln von rund 1.010 Millionen Schilling Ausgaben (für Vorhaben) von rund 1.112 Millionen Schilling getätigt wurden. Obwohl dies jahresbezogen einen Abgang von rund 102 Millionen Schilling bedeutet, wies die Bezirksrücklage für insgesamt 21 Bezirke mit Stichtag 31. Dezember 1995 einen Rücklagenstand von rund 314 Millionen Schilling aus – resultierend aus nicht verbrauchten Mitteln des Vorjahres, Prämien für die Bezirksrücklage und anrechenbaren Zuwendungen. Allerdings mußten zwei Bezirke zum Bezirksrechnungsabschluß 1995 einen Vorgriff von insgesamt rund 4,2 Millionen Schilling tätigen.

Im Juni des Jahres 1996 fanden in den Bezirken die Budgetbesprechungen des Verwaltungsausschusses des Bezirkes mit den Dienststellen des Magistrates hinsichtlich der Bezirksbudgets für das Verwaltungsjahr 1997 statt. Im Jahr 1997 sind es 1.070 Millionen Schilling, die den Bezirken für die finanzielle Bedeckung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen.

## Finanzwirtschaft

### Geld- und Kreditwesen, Fremdmittelaufnahmen

Im Rahmen der Fremdmittelaufnahmen für das Jahr 1996 wurden auf Grund der beschlußmäßigen Ermächtigungen des Gemeinderates seitens der Stadt Wien folgende Finanztransaktionen durchgeführt:

100 Millionen CAD – Anleihe 1996 – 2002 mit anschließendem SWAP in den CHF  
500 Millionen DEM – Anleihe 1996 – 2002 mit anschließendem SWAP in den CHF  
110 Millionen CHF – Anleihe 1996 – 1999 (Privatplazierung)

Diese Transaktionen erbrachten einen Gesamtertrag von rund 5,18 Milliarden Schilling.

### Wohnbau

Im Jahre 1996 wurden zur teilweisen Finanzierung des städtischen Wohnhausneubaues Hypothekendarlehen in der Höhe von 871,954.946 S aufgenommen, wovon ein für die Baufinanzierung erforderlicher Anteil von zwei Drittel der Darlehen, das sind 581,303.297 S zuzählbar sein wird. Durch diese Darlehensaufnahme wurde die Finanzierung von städtischen Bauvorhaben gesichert.

Auf Grund der neuen Bestimmung der Errichtung von Dachgeschoßwohnungen im Zusammenhang mit der Durchführung einer Sockelsanierung, die nunmehr nach dem I. Hauptstück WWFSG, bislang nach dem II. Hauptstück, finanziert werden, hat die Abteilung im Jahre 1996 Hypothekendarlehen in der Höhe von insgesamt 749.546 S aufgenommen, wovon ein für die Baufinanzierung erforderlicher Anteil von zwei Drittel der Darlehen, das sind 499.697 S zuzählbar sein wird.

Im Bereich der Stadt Wien Neubauten wurden im Rahmen der Umschuldung der an Stelle von Hypothekendarlehen eingesetzten Landesdarlehen auf Kapitalmarktdarlehen Nachtragsdarlehen im Gesamtbetrag von 1,526.421 S aufgenommen.

Im Bereich WWFSG 1989 Neubau Art. II BGBl. Nr. 32/1992 Nachträge zu ehemaligen Landesdarlehen wurden Nachtragsdarlehen in Höhe von 86,991.600 S aufgenommen.

Die Zuzählungen für den Wohnhausneubau lassen sich folgendermaßen darstellen:

WWFSG 1989 – Neubau Kletterdarlehen .....	444,694.400 S
WWFSG 1989 – Art. II – Vordarlehen Landesdarlehen .....	10,374.300 S

Nach Novellierung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes WWFSG 1989 konnten heuer wieder WBF 1968 Darlehen konvertiert werden. Dies bedeutet, daß die Konditionen der Hypothekendarlehen, die gemäß den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 aufgenommen wurden und für die keine Annuitätzuschüsse seitens des Landes Wien mehr geleistet werden, so geändert werden, daß

1. die Verzinsung von antizipativ auf dekursiv umgestellt wird
2. ab dem Zeitpunkt der Umstellung der Zinssatz gemäß § 2 Abs. 3 Z 4 der Verordnung LGBI. für Wien Nr. 44/1994 zum WWFSG 1989 höchstens 0,5 Prozent über der Sekundärmarktrendite des vorangegangenen Jahres für Anleihen im weiteren Sinne liegt und
3. die neue Laufzeit des Darlehens laut § 10 der Verordnung LGBI. für Wien Nr. 44/1994 mit 25 Jahren festgesetzt wird.

Insgesamt wurden somit im Jahre 1996 Darlehen in der Höhe von 322,107.732,71 S konvertiert.

### Wohnhaussanierung

Im Sanierungs- und Instandhaltungsbereich wurde im Jahre 1996 von der Abteilung insgesamt 1.437,505.360 S an Darlehen aufgenommen, die Zuzählung in diesen Bereichen betrug 1.510,440.650 S.

Für die Einzelverbesserungen – den nachträglichen Fernwärmeanschluß von Wohnungen wurden Darlehen in Höhe von 144,095.000 S aufgenommen und mit gleicher Valuta zugezählt.

Für einen Umbau im Rahmen der Wohnhaussanierung 1984 wurden Nachtragsdarlehen in Höhe von 3,157.200 S aufgenommen. Die Zuzählung in diesem Bereich beträgt 1,393.000 S.

### Bürgschaften

Im Jahre 1996 wurden auf Grund entsprechender organmäßiger Genehmigungen folgende Bürgschaften übernommen: im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 in 29 Fällen einschließlich Nachtragsdarlehen Bürgschaften für einen Gesamtbetrag von 2,352.530 S und im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück, in 244 Fällen Bürgschaften für einen Gesamtbetrag von 576,973.757 S.

### Beteiligungen

In Vollziehung des Beschlusses des Wiener Gemeinderates über die Abtretung der Beteiligung der Stadt Wien an der Fernwärme Wien GesmbH an eine 100prozentige Tochtergesellschaft der Wiener Stadtwerke sind mit dem am 13. Juni 1996 von beiden Vertragsparteien unterzeichneten Abtretungsvertrag sämtliche Geschäftsanteile der Fernwärme Wien GesmbH mit Wirksamkeit 1. September 1996 an die Wiener Stadtwerke Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GesmbH übergegangen.

Über Beschluß des Wiener Gemeinderates wurde weiters eine Beteiligung der Stadt Wien an der SB-Tiefgaragen Bau- und Betriebsgesellschaft m.b.H. in Höhe von 10 Prozent genehmigt. Der Abschluß des diesbezüglichen Vertrages ist jedoch noch nicht erfolgt.

Um die Entsorgungsbetriebe Simmering Ges.m.b.H. mit einem dem Umsatz entsprechenden Stammkapital auszustatten, um somit auch der Gesellschaft eine fundierte finanzielle Basis für den geplanten Ausbau der Hauptkläranlage Wien zu schaffen, wurde unter Hereinnahme der Wiener Stadtwerke als neuen Gesellschafter das Stammkapital der EbS Ges.m.b.H. von 30,400.000 S auf 350,000.000 S erhöht. Im Zuge dieser Kapitalerhöhung reduzierte sich der prozentuelle Anteil der Stadt Wien an der EbS Ges.m.b.H. von rund 64 Prozent auf rund 46 Prozent, wobei die Wiener Stadtwerke nunmehr als neuer Gesellschafter einen Anteil von 51 Prozent halten; der Rest auf die 100 Prozent werden von der Wiener Holding AG gehalten.

Mit Beschluß der Wiener Landesregierung wurde eine 25prozentige Beteiligung des Landes Wien an der vom Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien errichteten Nationalpark Donau-Auen GmbH. genehmigt. Zweck der Gesellschaft ist die Vorbereitung, Einrichtung und Verwaltung sowie Betrieb und Weiterentwicklung des Nationalparks Donau-Auen.

### Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

1. Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

- a) Bundesförderung gemäß Wasserbauten- bzw. Umweltförderungsgesetz:

Gemäß Wasserbautenförderungsgesetz konnten auf Grund bestehender Darlehensverträge mit dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds Darlehensschlußzuzählungen für Investitionen der MA 30 und 31 in einer Höhe von rund 31 Millionen Schilling lukriert werden.

Gemäß Umweltförderungsgesetz 1993 wurden 1996 31 neue Projekte der Fachdienststellen mit Baukosten von rund 506 Millionen Schilling eingereicht und 53 Förderverträge für Investitionen mit einer Barwertförderung im Ausmaß von rund 141 Millionen Schilling angenommen. An Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen konnten nach dem neuen Förderungssystem rund 38 Millionen Schilling vereinnahmt werden.

#### b) Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft

Im Rahmen der 1993/1994 ins Leben gerufenen Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft konnten im Jahr 1996 53 Darlehen, die zur Erlangung von Bauzinsen- bzw. Annuitätenzuschüssen nach dem Umweltförderungsgesetz sowie den dazugehörigen Förderungsrichtlinien – Siedlungswasserwirtschaft aufgenommen werden müssen, von über 565 Millionen Schilling zugesagt werden. Auf Grund dieser bzw. bereits in den Vorjahren getätigten Darlehenszusagen wurden 1996 rund 489 Millionen Schilling und somit insgesamt bereits mehr als 1,5 Milliarden Schilling an Darlehensbeträgen ausbezahlt.

## 2. Altlasten

Das Jahr 1996 war im Bereich der Altlastensanierung durch eine intensive Diskussion über die Novelle der Förderungsrichtlinien gekennzeichnet. Demnach soll künftig die Förderung von Investitionen von Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit in Form von Annuitätenzuschüssen gewährt werden, während die übrigen Bereiche – da es hier bei Darlehensaufnahmen mit einer Annuitätenbezuschung zu negativen Auswirkungen in bezug auf die Kriterien der Währungsunion kommen würde – weiterhin mit einer – niedrigeren – Förderung in Form von Investitionszuschüssen rechnen können. Mit einem definitiven Inkrafttreten der neuen Förderungsrichtlinien wird im ersten Quartal 1997 gerechnet.

Zu bereits zugesicherten Projekten konnten nach den alten Förderungsrichtlinien weitere Mittel in Höhe von rund 13 Millionen Schilling beantragt und zugezählt werden.

### Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds

Für das Jahr 1996 wurde vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zur Krankenanstaltenfinanzierung für die städtischen Spitäler ein Betrag von insgesamt 3.118.817.352 S (Betriebszuschüsse Jänner – November 1996, ohne Zwischenabrechnungen 1995), sowie Strukturreformmittel in Höhe von insgesamt 219.779.379 S angewiesen.

### Betriebsabgangsdeckung öffentlicher Krankenanstalten

Gemäß § 56 Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 ist das Land Wien zur Abdeckung des halben Betriebsabganges von öffentlichen Krankenanstalten verpflichtet.

Im Jahr 1996 wurden die im Verfahren vorgesehenen Schlußbesprechungen für die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse 1992, 1993 und 1994 des Hanusch-Krankenhauses sowie der Rechnungsabschlüsse 1993 und 1994 des Orthopädischen Spitals Speising durchgeführt. Die diesbezüglichen Bescheide sind ebenfalls ergangen.

### Betriebsabgangsdeckung privater Krankenanstalten

Auf Grund der Beschlüsse des Gemeinderates vom 24. Mai 1996, Pr.Z. 92/96-GFW, 93/96-GFW und 94/96-GFW sowie vom 26. Juni 1996, Pr.Z. 124/96-GFW wurde mit den Rechtsträgern des St.-Josef-Krankenhauses, Krankenhauses St.-Elisabeth, Hartmannspitals sowie des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder die Tragung des jeweils halben Betriebsabganges dieser Krankenanstalten durch die Stadt Wien vereinbart. Mit Ausnahme des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder, für das der Vertragsbeginn mit dem Jahr 1997 festgesetzt wurde, wurden an die übrigen og. Krankenanstalten die vertraglich vereinbarte Akontozahlung in Höhe von insgesamt 20,4 Millionen Schilling geleistet. An die Rechtsträger des Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern, des Herz Jesu-Krankenhauses und der Krankenanstalt des Göttlichen Heilandes wurden die, auf Grund der in den Jahren 1992 bzw. 1994 getroffenen Vereinbarungen, vertraglich festgesetzten Akontozahlungen in Höhe von insgesamt 45,6 Millionen Schilling geleistet. Nachzahlungen, die auf Grund der Differenz zwischen den Akontoleistungen und den geprüften Betriebsabgängen aus dem Jahr 1995 entstanden, wurden in Höhe von insgesamt rund 23,9 Millionen Schilling angewiesen.

### Fonds

Zur Finanzierung der weiteren Geschäftstätigkeit sowie zur Sicherstellung der Ausfinanzierung der von den Fonds geplanten Maßnahmen wurden dem Wiener Integrationsfonds Barmittel in Höhe von 70 Millionen Schilling und dem Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds Barmittel in Höhe von 60,19 Millionen Schilling im Wege von Nachdotationen zugeführt. Dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds wurde zur Unterstützung bei der Erfüllung seiner wirtschaftspolitischen Aufgabenstellungen eine Bardotation in Höhe von 300 Millionen Schilling gewährt.

## Subventionen und Beiträge

Aus Subventionsmitteln der Abteilung werden vor allem private Organisationen und Einrichtungen gefördert, die sich mit sozialen Projekten und Aufgabenstellungen befassen, insbesondere mit dem Bereich der Krankenpflege und Nachbarschaftshilfe, der Hilfe und Betreuung von Behinderten, allgemeiner Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Seniorenhilfe usw.

Herauszuheben sind beispielsweise die Tragung der Geschäftsstellenkosten des Fonds „Kuratorium Wiener Jugendheime“ und die Unterstützung der Projekte der verschiedenen Organisationen im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Behinderte – neben der Schaffung von Beschäftigungstherapieplätzen – sowie von Projekten der im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not zusammengefaßten Organisationen.

Darüber hinaus werden wirtschafts- und berufsfördernde Organisationen (so z. B. der Wiener Zuwandererfonds bezüglich der Geschäftsstellenkosten) und wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institutionen unterstützt. Im Zusammenwirken mit dem Arbeitsmarktservice Wien wurden auch 1996 mehrere Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Frauen gefördert. Die Wiener Landwirtschaft wurde weiter im Rahmen der 1995 neu strukturierten Förderung mit EU- und national kofinanzierten Spartenförderungsmaßnahmen unterstützt, wozu noch Zuschüsse allein durch die Stadt Wien, wie z. B. für den Kammerbetrieb der Wiener Landwirtschaftskammer, kamen.

Des Weiteren ist die Förderung des Ausbaues von Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (1996 Errichtung des Jüdischen Berufsbildungszentrums) bzw. anderer jüdischer Organisationen hervorzuheben. In den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Finanzen und Wirtschaftspolitik und des Gemeinderates, welche Organe verfassungsmäßig für die Genehmigung von Förderungsausgaben der Finanzverwaltung zuständig sind, wurden Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rund 314,7 Millionen Schilling bewilligt, wovon auf die Förderung von Investitionsvorhaben rund 119,8 Millionen Schilling entfielen.

Auf Grund von Dauerbeschlüssen des Gemeinderates wurden für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im In- und Ausland und für sonstige laufende Förderungsbeiträge im Jahre 1996 insgesamt rund 324,9 Millionen Schilling ausgegeben. Auf Investitionen entfielen davon rund 90,5 Millionen Schilling.

## Wirtschaftsförderung

1. In Fortführung der bereits länger bestehenden Förderungsaktionen wurden z. B. 512 Kreditanträge für die Gemeinsame Kreditaktion verzeichnet, wovon 494 Anträge positiv erledigt werden konnten. Bedingt durch das verstärkte Engagement des Bundes und der Wiener Wirtschaftskammer sowie im Hinblick auf die Vielzahl der Anträge wurde der finanzielle Beitrag der Stadt Wien mit Gemeinderatsbeschluß vom 9. Februar 1996 wieder mit 15 Millionen Schilling festgesetzt. Im Rahmen der Aktion zur Niederlassung von praktischen Ärzten in Wien kam es zu 14 Kreditneuvergaben mit einem Gesamtkreditvolumen von 3,8 Millionen Schilling.
2. Der BÜRGES Förderungsbank wurden für ihre Prämienaktion „Komfortzimmer und Sanitärräume“ im Jahre 1996 10 überprüfte Anträge zur positiven Erledigung übermittelt, die ein Zuschußvolumen von insgesamt 930.000 S auslösten.
3. Auch hinsichtlich jener Förderungsaktionen, die im Interesse einer Zentralisierung des Förderungswesens beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds beantragt und geprüft werden, ist neuerlich eine starke Inanspruchnahme im Jahre 1996 festzustellen. So wurden im Rahmen der Wiener Struktur- und Umweltverbesserungsaktion – STUVA (früher Strukturverbesserungsaktion) 25 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 48,646.000 S gewährt.

Im Rahmen der Hotelmodernisierungsaktion wurden 10 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 723.971 S und im Rahmen der Aktion zur Förderung von Investitionen im Bereich der C-Techniken 68 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 37,133.500 S vergeben. Bei der mit Beschluß des Gemeinderates vom 28. Oktober 1988 geschaffenen Aktion zur Förderung zusätzlicher hochqualifizierter Mitarbeiter in Wiener Klein- und Mittelbetrieben (Initiative „Qualifizierte Mitarbeiter“) wurden 1996 23 Zuschüsse vergeben, die ein Gesamtvolumen von 4,825.460 S auslösten. In der Aktion zur Vermeidung von (F)CKW-Emissionen wurden 13 Fälle mit einem Zuschußvolumen von 1,929.800 S positiv erledigt; in der Aktion, die zum Zwecke der Reduzierung des industriell-gewerblichen Trinkwasserverbrauchs die Errichtung von Grundwasserbrunnen fördert, war es ein Fall mit einem Zuschußvolumen von 1,000.000 S; im Rahmen der Nahversorgungsförderungsaktion für den Lebensmitteleinzelhandel konnten 13 Fälle mit einem Volumen von 961.000 S positiv erledigt werden und im Rahmen der Aktion „Wiener Traditionsgasthaus“ waren es 23 Fälle mit einem Volumen von 4,062.000 S.

Da die Zielsetzung der mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 23. Oktober 1992 ins Leben gerufenen Aktion zur Vermeidung von (F)CKW-Emissionen in Wiener Klein- und Mittelbetrieben im großen und ganzen bereits erreicht werden konnte, wurde diese mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 24. Mai 1996, Pr.Z. 106/96-GFW, durch die Altlastensanierungsaktion ersetzt. Diese Aktion hat die von Kleinbetrieben zu tragende Sanierung von mit leicht flüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffen kontaminierten Böden oder Objekten und dadurch die Abhaltung oder Vermeidung von Gesundheits- und Umweltgefahren im Betrieb selbst und

in dessen Umgebung zum Ziel und soll gerade im Bereich der Wiener Kleinbetriebe jene unterstützen, die durch die Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften im Bereich der leichtflüchtigen Kohlenwasserstoffe unter finanziellen Druck geraten sind.

Im abgelaufenen Jahr konnten im Rahmen der erst 1993 neu geschaffenen Aktion der Kleinbetriebe(auf)nachrüstaktion 231 positiv erledigte Förderungsfälle mit einem Zuschußvolumen von 3,943.200 S und im Rahmen der Druckereiförderung 27 erledigte Förderungsfälle mit einem Volumen von 7,180.400 S verzeichnet werden.

In der im Jahre 1994 erstmals abgewickelten Aktion zur „Qualitätssicherung“ konnten im Jahre 1996 25 positiv erledigte Anträge mit einem Volumen von 2,807.500 S verzeichnet werden, in der Aktion „Produktfindung“ ein Antrag mit 590.000 S.

In Erweiterung der Förderungstätigkeit durch die Stadt Wien wurden neue Förderungsaktionen geschaffen.

### Gründungssparen

Als verstärkte Animation zur Gründung bzw. Übernahme von wettbewerbsfähigen, wirtschaftlich selbständigen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft hat die Stadt Wien gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten sowie der Wirtschaftskammer Österreich die Schaffung einer neuen Förderungsaktion „Gründungssparen“ am 28. Juni 1996 in der Landesregierung unter Pr.Z. 1253/96-MDPLTG beschlossen. Gegenstand der Förderung ist das Ansparen und die Einbringung von Eigenmitteln in neugegründete bzw. übernommene Unternehmen sowie die damit zusammenhängende Durchführung von Investitionen.

### Zuschußaktion für Kleinunternehmen in der URBAN-Zone

Die Stadt Wien unterstützt mit dieser vom Wiener Gemeinderat am 24. Mai 1996 beschlossenen Zuschußaktion die für die Struktur der Wiener Wirtschaft wichtigen Kleinbetriebe innerhalb einer benachteiligten Zone im Bereich der URBAN-Zone. Hier besteht besonderer Bedarf zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Erneuerung. Die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der ansässigen kleinen Betriebe und die Ermunterung, neue Geschäftsideen in diesem Bereich der Stadt Wien umzusetzen, um so vielfältige und dauerhafte Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen, ist das spezielle Ziel dieser Zuschußaktion.

Die Europäische Union unterstützt diese Bemühungen der Stadt Wien und stellt im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN u. a. auch für die Finanzierung dieser Förderungsinitiative Mittel zur Verfügung.

Im Rahmen dieser neugeschaffenen Aktion konnten im Jahre 1996 bereits 9 Fälle mit einem Förderungsvolumen von 1,555.700 S positiv erledigt werden.

### Sektorplanförderung

Bei der Sektorplanförderung handelt es sich um eine gemeinsame Maßnahme der Europäischen Gemeinschaft, des Bundes und des jeweiligen Bundeslandes, die Investitionen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterstützt.

- Der Fa. Weiser & Söhne Ges.m.b.H. & Co KG wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 4. Juni 1996, Pr.Z. 963/96-MDPLTG, ein Zuschuß von 68,750.000 S (Anteil Land: 19,992.500 S/Bund: 29,988.750 S/EU: 18,768.750 S) zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte in Wien – St. Marx gewährt.
- Der Fa. LGV Frischgemüse Wien reg. Gen.m.b.H. wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 28. Juni 1996, Pr.Z. 1187/96-MDPLTG, ein Zuschuß von 45,504.000 S (Anteil Land: 13,232.563 S/Bund: 19,848.845 S/EU: 12,422.592 S) zur Errichtung einer Sammel- und Distributionsstelle in Wien Simmering sowie zum Ankauf einer Tomatensortieranlage zuerkannt.  
Mit Beschluß der Landesregierung vom 19. Dezember 1996, Pr.Z. 2319/96-MDPLTG, wurde der Zuschuß für die Sammel- und Distributionsstelle aufgestockt, und ergibt sich daher ein Gesamtzuschuß von 53,334.000 S (Anteil Land: 15,509.527 S/Bund: 23,264.291 S/EU: 14,560.182 S).
- Der Fa. ZEG & Schreder Handelsges.m.b.H. wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 21. Oktober 1996, Pr.Z. 1845/96-MDPLTG, ein Zuschuß von 60.000 S (Anteil Land: 17.448 S/Bund: 26.172 S/EU: 16.380 S) zum Ankauf eines Getreideanalysegerätes gewährt.
- Der Fa. NÖM AG wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 19. Dezember 1996, Pr.Z. 2320/96-MDPLTG, ein Zuschuß von 20,427.000 S (Anteil Land: 5,940.172 S/Bund: 8,910.257 S/EU: 5,576.571 S) für technische Investitionen im Verarbeitungsbereich, insbesondere Abfüll- und Verpackungsanlagen, zuerkannt.
- Der Fa. Inzersdorfer Nahrungsmittelwerke Ges.m.b.H. wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 19. Dezember 1996, Pr.Z. 2321/96-MDPLTG, ein Zuschuß von 1,813.000 S (Anteil Land: 527.220 S/Bund: 790.831 S/EU: 494.949 S) für maschinelle Investitionen zur Verbesserungen der Qualität und der Hygienebedingungen gewährt.
- Der Fa. Franz Radatz Ges.m.b.H. & Co Wurst- und Fleischwarenfabrik wurde mit Beschluß der Landesregierung vom 19. Dezember 1996, Pr.Z. 2322/96-MDPLTG, ein Zuschuß von 11,151.000 S (Anteil Land:

3,242.711 S/Bund: 4,864.066 S/EU: 3,044.223 S) für Maßnahmen zur Erlangung der EU-Zertifizierung, zur Qualitätsverbesserung und zur Rationalisierung zuerkannt.

4. Da Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft auch weiterhin von größter Bedeutung sind, wurde im Jahre 1993 die Innovationsförderungsaktion zu einer „Wiener Innovations- und Technologieförderung“ modifiziert. Im Rahmen dieser neuen Aktion wurden im Jahre 1996 17 Fälle mit einem Gesamtbetrag von 56,257.800 S positiv erledigt. Davon entfallen auf die einzelnen Projektphasen Beträge: für Forschung und Entwicklung 50,666.000 S sowie wirtschaftliche Umsetzung 5,591.800 S.
5. Im Zuge der Förderung im Rahmen der Wiener Kleinbetriebezuschußaktion war auch im 20. Jahr ihres Bestehens eine rege Investitionstätigkeit festzustellen. Es gelangten 460 Förderungszuschüsse in Höhe von insgesamt 30,938.760 S zur Auszahlung, die sich in Investitionsförderung mit 21,962.656 S, Neugründungsförderung mit 1,099.202 S, Nahversorgungsförderung mit 5,797.869 S und Jungunternehmerförderung mit 2,079.033 S gliedern. Das gesamte Investitionsvolumen inklusive der Bundesförderung betrug für das Jahr 1996 rund 392,9 Millionen Schilling.

Neben den genannten Förderungsaktionen erfolgten immer wieder spezielle bedarfsorientierte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung.

- Zur teilweisen Finanzierung der voraussichtlichen Kosten zum Ankauf des Leasingobjektes in 11, Simmeringer Hauptstraße 357, wurde der Werkstättenzentrum Geschützte Werkstätten für Wien GmbH auf Grund der Genehmigung durch den Wiener Gemeinderat vom 26. Juni 1996, Pr.Z. 129/96-GFW, eine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln in Höhe von 13,306.721 S gewährt. Gleichzeitig wurde der Umwandlung des 1982 gewährten Darlehens über 6,750.000 S in einen nicht rückzahlbaren Zuschuß zugestimmt.
- Der Firma Garage Breitenseer Straße BetriebsgmbH wurde zur Errichtung einer Tiefgarage in 14, Breitenseer Straße 110–112, mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 9. Februar 1996, Pr.Z. 36/96-GFW, ein Investitionszuschuß in Höhe von maximal 4,275.000 S gewährt.
- Mit Beschluß des Gemeinderates vom 24. Mai 1996, Pr.Z. 86/96-GFW, wurde der Firma Breitenseer Straße BetriebsgmbH zur Errichtung einer Tiefgarage in 5, Siebenbrunnengasse/Matteottihof, ein Zuschuß in Höhe von maximal 5,025.000 S gewährt.

Zur Errichtung einer Tiefgarage in 10, Quellenstraße 24, wurde mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 26. Juni 1996, Pr.Z. 123/96-GFW, der Firma Wohngut Bauträger GmbH ein Investitionszuschuß in Höhe von maximal 7,425.000 S gewährt.

#### Zinsfreie Kanaldarlehen

Im Rahmen dieser – im gesundheits-, umwelts- und sozialpolitischen Interesse gelegenen – Aktion kann die Stadt Wien zinsfreie Darlehen für die Dauer von 5 Jahren gegen grundbücherliche Sicherstellung für den Anschluß bereits bestehender Eigenheime an das öffentliche Kanalnetz gewähren.

Im Rahmen dieser Aktion wurden im Rechnungsjahr 1996 6 Ansuchen positiv erledigt, für die insgesamt 559.533,33 S zugezählt wurden.

#### Ersatzvornahmen

Der Abteilung obliegt es auf Grund der jeweiligen Rechtsgrundlage in Zusammenarbeit mit der MA 6 – Erhebungs- und Vollstreckungsdienst, der MA 6 – Buchhaltungsabteilung 2 und 5, der Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und den Magistratischen Bezirksämtern (Erstellung der Kostenbescheide), die Erledigung der Ersatzvornahmen durchzuführen.

Im Rechnungsjahr 1996 wurden 63 neue Verstöße gegen die Reinhalteverordnung bearbeitet. Insgesamt wurden 669.742,18 S zur Begleichung von Rechnungen an diverse Firmen ausbezahlt und der Rückersatz den Verpflichteten vorgeschrieben und zur Gebühr gestellt. 3,200.677,74 S konnten auf der Einnahmeseite als einlangende Rückzahlungen verzeichnet werden.

Im Dezember 1995 ergab sich ein Saldo an noch ausstehenden Ersatzvornahmekosten von 4,246.226,58 S. Nach Hinzurechnung von 669.742,18 S an Ausgaben und Abzug von 3,200.677,74 S an Einnahmen ergibt sich für 1996 ein Saldo in der Höhe von 1,715.291,02 S.

#### Aktion zur Refundierung der Grunderwerbsteuer

Im Rahmen dieser im Jahre 1989 ins Leben gerufenen Aktion wurden 1996 für 745 Antragsteller 41,772.047 S, d. s. 96 Prozent der vom Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern in Wien den Eigentümern vorgeschriebenen Grunderwerbsteuer, und für 115 Antragsteller 4,685.039 S, d. s. vorerst – auf Grund der Vorlage des Anwartschaftsvertrages – 86 Prozent der vom Finanzamt den Eigentümern vorgeschriebenen Grunderwerbsteuer ausbezahlt.

Insgesamt kamen im Jahr 1996 im Rahmen der Aktion 46,457.086 S für 860 Antragsteller zur Auszahlung.

## Rechnungsamt

Im Berichtsjahr wurden alle Abteilungen des Buchhaltungsdienstes mit verbesserten Programmen für die EDV-Erfassung der Bestellungen und Buchungen ausgestattet. Bei der Nutzung der erweiterten Informationsmöglichkeiten wurde besonders auf eine möglichst flexible Anpassung an die Bedürfnisse der anordnungsbefugten Dienststellen sowie auf eine weitgehend freie Gestaltung der Revision geachtet. Im Zuge der Neugestaltung der Bestellerfassung wurde das Erfordernis vieler Dienststellen betreffend Subbestellungen verwirklicht. Bei der Revision wurde zusätzlich zum Ausdruck die Möglichkeit der Prüfung am Bildschirm realisiert und damit ein Schritt in Richtung Papiereinsparung gesetzt.

Durch die neuen sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Bestimmungen für dienstnehmerähnliche Werkverträge und freie Dienstverträge mußten infolge mehrerer Novellierungen unter Zeitdruck Arbeitsabläufe organisiert und umgestellt werden. Die Sozialversicherungs-, Steuer- und Berichtspflicht erfordert die Kennzeichnung aller Buchungen zu derartigen Verträgen und gegebenenfalls die Aufteilung in maximal vier Teilbuchungen.

Im Rahmen der Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie wurden von Mitarbeitern der Abteilung neben IBS- und PC-Kursen, Operatorkursen und Fortbildungskursen noch folgende fachbezogene Vorträge abgehalten:

- Die Handhabung der neuen sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Bestimmungen für dienstnehmerähnliche Werkverträge und freie Dienstverträge
- Betriebswirtschaftliche Grundsätze, Einführung in das Haushalts- und Rechnungswesen
- Die Bildschirminformation über das Budget und die Haushaltsverrechnung
- Grundsätze der Buchführung und des Bilanzlesens – für MitarbeiterInnen ohne einschlägige Vorkenntnisse
- Inventarführung in der Praxis – Möglichkeiten der Erfassung und Auswertung
- Das Kassenerfassungssystem mit chronologischer Journalführung
- Die Behandlung sowie rasche und rationelle Bearbeitung von Eingangsrechnungen bei Aufträgen der Stadt Wien

In der Zentralbuchhaltung wurde die Erstellung des Mengeninventars zum Rechnungsabschluß auf das SAUDI (System zur Aufzeichnung des Inventars) umgestellt. In der Gruppe EDV-Betreuung konnte die Betreuungstätigkeit durch die Einrichtung einer zentralen Annahmestelle verbessert werden.

Die Verrechnung des neu eingerichteten Wien-Büros in Brüssel wurde der Buchhaltungsabteilung 1 – Personal zugeordnet. Mit Hilfe von KESCH (Kassenerfassungssystem mit chronologischer Journalführung und Überrechnung an die Buchhaltungsabteilung) und der EDV-unterstützten Umrechnung der belgischen Währung konnte der Erfassungsaufwand weitgehend reduziert werden. Die Inanspruchnahme von Taxis im Rahmen des Dienstkraftwagenbetriebes sowie deren Abrechnung ist neuerlich um 11 Prozent angestiegen. Bei der Verrechnung der Zivildienner war eine Steigerung um 20 Prozent festzustellen.

In der Buchhaltungsabteilung 2 – Finanzen konnten die letzten Magnetkontencomputer durch die Realisierung der restlichen Darlehensarten im EDV-Projekt DAZU (Darlehen und Zuschüsse) von zeitgemäßen EDV-Programmen abgelöst werden. Seitens der Europäischen Union wurden der Stadt Wien Fördermittel zur Verfügung gestellt. Die diesbezügliche Berichts- und Dokumentationspflicht erfolgt durch die Buchhaltungsabteilung 2. Die veränderten Bedingungen bei vorzeitiger außerordentlicher Rückzahlung von Wohnbauförderungs-Darlehen ab 1. Juli 1996 führte zu mehr als 4.600 Einzelanträgen.

Von der neuen Werkvertragsregelung war die Buchhaltungsabteilung 3 – Kultur und Sport am stärksten betroffen. Im Bereich Kunst und Kultur werden die meisten Veranstaltungen auf Werkvertragsbasis organisiert. Weiters waren auf Grund der Wahl am 13. Oktober 1996 zusätzlich die Aufwandsentschädigungen an das Wahlpersonal anzuweisen.

In der Buchhaltungsabteilung 4 – Soziales wurde Mitte 1996 die Ablage der Eingangsrechnungen auf das elektronische Archivierungssystem umgestellt. Im Bereich des Amtes für Jugend und Familie hat die Eröffnung neuer Kindertagesheime und die Schaffung neuer Wohngemeinschaften im Rahmen des Projektes „Heim 2000“ zu einer spürbaren Ausweitung der Verrechnung durch zusätzliche Verläge und Einzelrechnungen geführt. Die durch den Wiener Bürgermeister ins Leben gerufene Aktion „Studentenunterstützung der MA 12“ ermöglicht rund 3.400 anspruchsberechtigten Studenten die Abgeltung des Verlustes der Fahrtkostenermäßigung in Höhe von 2.000 S. Die Verrechnung der MA 47 wurde 1996 aus technischen Gründen in die Buchhaltungsabteilung 14 verlagert.

In der Buchhaltungsabteilung 5 – Bauangelegenheiten konnte durch den Einsatz von EVA die Einbringung von Forderungen im Bereich der MA 20 weiter verbessert werden. Durch den Einsatz von KESCH (Kassenerfassungssystem mit chronologischer Journalführung und Überrechnung an die Buchhaltungsabteilung) und SAUDI (System zur Aufzeichnung des Inventars) in weiteren Dienststellen konnten Verbesserungen in der Kassenabrechnung und Inventarführung erzielt werden.

Mit der Einführung von HANSY (Haushaltsverrechnung-Anlagennachweissystem) in der Buchhaltungsabteilung 6 – Stadtreinigung und Fuhrpark wird künftig die Erstellung eines Anlagenverzeichnisses und der Inventarmeldung der MA 48 erleichtert werden und eine kaufmännisch einwandfreie Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung erstellt werden können. Im Zuge der Ersterfassung waren rund 6.000 Konten für Wirtschaftsgüter anzulegen und Vorjahreswerte zum Teil bis 1897 nachzuerfassen.

In der Buchhaltungsabteilung 7 – Abwasserbeseitigung war eine Steigerung der Eingangsrechnungen um 7 Prozent zu bewältigen. Weiters wurden organisatorische Vorarbeiten zur Einführung einer Kostenrechnung für die MA 30 in Angriff genommen.

Die Strukturänderungen in der MA 31 haben bei der Buchhaltungsabteilung 8 – Wasser mangels einer programmtechnischen Unterstützung bei der Warenwirtschaft zu einer manuellen Nachbearbeitung der Rohwerte geführt.

Die Buchhaltungsabteilung 9 – Friedhöfe hat die MA 43 bei der ab 1996 durchzuführenden Kalkulation der Friedhofsgärtnereien fachlich unterstützt. Durch Einbrüche bedingt waren zusätzliche Kassenprüfungen durchzuführen.

In der Buchhaltungsabteilung 10 – Allgemeines Krankenhaus konnten durch Verbesserungen bei der automatischen Überleitung der Bestellungen Abläufe rationalisiert werden. Im September 1996 wurde auf die elektronische Archivierung der Eingangsbelege umgestellt. Bei den vorzubereitenden Maßnahmen und der organisatorischen Umsetzung der Einführung der leistungsorientierten Verrechnung im Krankenanstaltenbereich war die Buchhaltungsabteilung 10 sowohl organisatorisch wie operativ in hohem Maße beteiligt.

In der Buchhaltungsabteilung 11 – Wohnen waren weitere 3.754 neue Mietgegenstände in 24 Objekten zu übernehmen. Bei den Eingangsrechnungen war eine weitere Steigerung um 15,1 Prozent auf 227.066 Rechnungen zu verzeichnen. Im Bereich der Mietenverrechnung wurden erste Objekte mit Wasser/Abwasser-Verrechnung pro Mietgegenstand (Subzähler) eingerichtet und die Hausabrechnung an die ÖNORM angepaßt. Das Projekt „Wiener Wohnen“ hat durch die Zusammenlegung der Dienststellen MA 52, MA 27 und Teilen der MA 50 Umstellungen in der Verrechnung notwendig gemacht. Die Umstellungsmaßnahmen sind noch nicht abgeschlossen.

Im April 1996 wurde die Ablage der Eingangsbelege der Buchhaltungsabteilung 12 – Wirtschaft auf elektronische Archivierung umgestellt. Die Übernahme der Wartung des GEPARD (Geschäftspartnerdatei) und die Teilung der Magistratsdirektion – Automatische Datenverarbeitung in die Magistratsdirektion – EDV- und Informationsmanagement, die MA 14 und Wiener Krankenanstaltenverbund – ADV hatte eine Umstrukturierung zur Folge. Die gesamte Einnahmenverrechnung des Markt- und Veterinärwesens wurde auf EVA (Einnahmegerbarung mit Vorschreibungs- und Abstattungsautomatik) umgestellt.

Durch die Ausweitung des Budgetrahmens der MA 56 ergab sich naturgemäß in der Buchhaltungsabteilung 13 – Schulen ein erhöhter Verrechnungsaufwand. Bei den Eingangsrechnungen war eine Steigerung um 9 Prozent zu verzeichnen. Die Einhebung der Betreuungsgelder für Schüler der Ganztags-, Sonder- und Offenen Schulen wurde mit Beginn des Schuljahres 1996/97 auf die 3. Klassen ausgedehnt und die Zahl der ganztägig geführten Schulen um weitere 10 Prozent erhöht.

Infolge der Verlagerung der Verrechnung der MA 47 und des Wiener Krankenanstaltenverbundes – ADV sind in der Buchhaltungsabteilung 14 – Gesundheit nunmehr drei neue Ansätze zu verrechnen. Im Bereich der MA 47 sind monatlich rund 14.500 Ausgangsrechnungen auszusenden und deren Einbringung zu verfolgen. Bei der Verrechnung der MA 70 war ein Anstieg der Transportgebührenfälle um etwa 17 Prozent auf 14.000 zu verzeichnen. Seit Mitte 1996 werden die Eingangsbelege der zu verrechnenden Dienststellen elektronisch archiviert.

Durch die Ermöglichung eines begünstigten Erwerbs von Kleingärten war in der Buchhaltungsabteilung 15 – Umwelt erhöhter Arbeitsaufwand bei der monatlichen Durchrechnung der Pachtzinse pro Kleingartenanlage erforderlich.

Die Umstellung der Einbringung von Forderungen der MA 44 in der Buchhaltungsabteilung 16 – Bäder konnte abgeschlossen werden. Die Einführung des HANSY ermöglicht künftig die vollautomatische Erstellung des Anlagenverzeichnisses.

Im Bereich der Buchhaltungsabteilung 18 – Elisabeth- und Sophien-Spital wurde ein Pilotprojekt zur Ausweitung der elektronischen Archivierung auf Einnahmeakten in Angriff genommen. Durch den Einsatz des Warenwirtschaftspaketes KIWI im Sophien-Spital konnte die automatische Übernahme der Bestellungen auch auf diesen Bereich ausgeweitet werden.

In der Buchhaltungsabteilung 19 – Wilhelminenspital wurde die Umstellung auf elektronische Archivierung der Eingangsbelege realisiert.

Von der Buchhaltungsabteilung 20 – Pflegeheime wurde auf Wunsch der anordnungsbefugten Dienststelle die Verrechnung der Pflegeheime Sanatoriumstraße, Ybbs/Donau, sowie der Pflegeabteilung Pulmologisches Zentrum in die Buchhaltungsabteilung 23 verlagert. Im Mai wurde die elektronische Archivierung der Eingangsbelege umgesetzt. Die automatische Überleitung der Bestelldaten aus KIWI konnte auf die Pflegeheime Liesing und Klosterneuburg ausgeweitet werden. Durch die Übermittlung der Daten aus KESCH über Datenleitung konnte der Diskettenaustausch erspart werden.

Die Inbetriebnahme der letzten Ausbaustufe des Donaospitals vergrößerte die Anzahl der von der Buchhaltungsabteilung 21 – SMZO und Krankenhaus Floridsdorf zu verrechnenden Bettenanzahl auf den endgültigen Stand von 973 Betten. Die Inbetriebnahme der psychiatrischen Abteilung im Donaospital und die Errichtung des Geriatriezentrums Floridsdorf hat die Organisation neuer Verrechnungskreise erfordert.

Die Buchhaltungsabteilung 22 – Krankenhaus Lainz übernahm ab 1. Jänner 1996 die Verrechnung des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel.

In der Buchhaltungsabteilung 23 – Baumgartner Höhe wurde die Verrechnung der Pflegeheime Sanatoriumstraße, Ybbs/Donau, und der Pflegeabteilung Pulmologisches Zentrum übernommen. Im März konnte die automatische Überleitung der Bestellung auf alle zu verrechnenden Dienststellen ausgeweitet werden und die elektronische Archivierung der Eingangsbelege realisiert werden.

In der Buchhaltungsabteilung 24 – Rudolfstiftung und Mautner Markhof'sches Kinderspital war nicht nur eine Steigerung der Eingangsrechnungen um 11,6 Prozent auf 33.468, sondern auch eine Erhöhung der Anzahl aufgenommenen Patienten um 7,2 Prozent auf 34.221 festzustellen.

Die Buchhaltungsabteilung 25 – Franz-Josef-Spital und Preyer'sches Kinderspital sowie die Buchhaltungsabteilung 26 – Krankenanstalten West, zuständig für die Verrechnung der Semmelweis-Klinik, des Maria-Theresien-Schlüssels, des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof und der Kinderklinik Glanzing, wurden auftragsgemäß mit 1. Jänner 1996 in Betrieb genommen. Schon bei der Planung wurde besonderes Augenmerk auf rationellste Arbeitsabläufe gelegt. Beide Abteilungen befinden sich auf dem letzten Stand der Technik und garantieren den ordnungsgemäßen Ablauf der Verrechnung in ihren Bereichen.

Die Buchhaltungsabteilung 30 – Bezirksverrechnung hatte im Verwaltungsjahr 1996 1.049,7 Millionen Schilling Bezirksmittel zu verrechnen. Die protokollierten Eingangrechnungen haben sich auf etwa 38.300 gesteigert, das entspricht einer Steigerung von 10 Prozent.

Der Abgabenerfolg der Landes- und Gemeindeabgaben entwickelte sich gegenüber dem Vorjahr weiter positiv. Der Gesamtbetrag inklusive Gebühren (ohne Ertragsanteile des Bundes) stieg um 0,75 Prozent.

Folgende Abgaben erbrachten überdurchschnittliche Zuwächse:

- Kommunalsteuer (Besteuerung von ausgegliederten und privatisierten Bundesbetrieben)
- Ortstaxe (anhaltende gute Entwicklung des Städtetourismus in Wien)
- Vergnügungssteuer (anhaltende vermehrte Anmeldung von Spielautomaten bzw. Nachbemessung von Videotheken)
- Gebrauchsabgabe (als Folge höherer Umsätze bei Gas, Strom und Fernwärme)
- Parkometerabgabe (Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf die Bezirke 6–9 und intensive Überwachung der Kurzparkzonen)
- Sportgroschen (vermehrte Großveranstaltungen, insbesondere durch den Fußballcup)
- Parkometerstrafen (konsequente Parkraumüberwachung führte zu mehr Organmandaten und Mehreinnahmen aus den Strafverfahren)

Überdurchschnittliche Rückgänge waren bei folgenden Abgaben zu verzeichnen:

- Gewerbesteuer (infolge Auflassung dieser Abgabe erfolgen nur mehr Restüberweisungen)
- Anzeigenabgabe (bedingt durch Abwanderung von einschlägigen Betrieben nach Niederösterreich bzw. Bruchteilsfestsetzung für Bundesländerausgaben großer Verlage)
- Abgabenstrafen (durch geänderte Spruchpraxis der Gerichte sowie teilweise Abtretung der Kompetenz für Gebrauchsabgabestrafen an die Magistratischen Bezirksämter)
- Wasser-/ Abwassergebühren (der durch die heißen Sommer bedingte hohe Wasserverbrauch der Vorjahre ging witterungsbedingt 1996 merkbar zurück)

Entgegen der positiven Entwicklung beim Abgabenerfolg ging der Zahlungseingang weiter zurück, so daß die Rückstände bei fast allen Abgaben anstiegen. Die Rückstandsentwicklung basiert auf den bereits im Vorjahr aufgezeigten Gründen, und zwar:

- Große Strukturanpassungsprobleme einiger Branchen (z. B. Baugewerbe)
- Hohe Anzahl von Insolvenzen (mit mehreren Großinsolvenzen)
- schlechte Zahlungsmoral im Gastgewerbe (verstärkt durch den großen Ausländeranteil in manchen Bezirken)
- Grundstücksspekulationen (besonders in den „Gürtelbereichen“)

Erstmals wirkten sich auch die schlechte Zahlungsmoral privater Haushalte und die damit verbundenen Privatkonkurse spürbar auf die Rückstandsbetreuung aus.

Diese Umstände führten zu einem besonders hohen Mehraufwand für die Rückstandsbetreuung, und zwar:

–	796	Anmeldungen zu Insolvenzverfahren und Zwangsversteigerungen	(+ 10%)
–	22.275	gerichtliche Exekutionen und Lohnpfändungen	(+ 3%)
–	209.970	administrative Vollstreckungshandlungen	(+ 2%)
–	5.479	Ansuchen um Zahlungserleichterung	(+ 13%)
–	246 Mill. S	zwangsweise eingehobene Gelder	(+ 11%)

-	3.908	Pfändungen von Mobiliar	(+ 28%)
-	515	zwangsweise Wohnungsöffnungen zur Abholung der Pfandgegenstände	(+ 140%)

Die schlechte Zahlungsmoral der privaten Haushalte zeigt sich ganz besonders im Strafvollzug:

-	37.022	Aufforderungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe nach erfolgloser Exekution (d. s. 10% aller Betroffenen)	(+ 41%)
-	28.884	Vorfürhungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe durch die Polizei (d. s. 8% aller Betroffenen)	(+ 43%)
-	480	Verbüßungen der Ersatzfreiheitsstrafe	(+ 30%)

Fünf Strafvollzugsanstalten lehnten 1996 die weitere Aufnahme von Personen zur Verbüßung einer Ersatzfreiheitsstrafe für Verwaltungsstrafen wegen Platzmangels ab.

Im Bereich der von den Magistratischen Bezirksämtern verhängten Verwaltungsstrafen gelang es jedoch, die Einnahmen um 25 Prozent zu steigern. Diese Mehreinnahmen von 17,7 Millionen Schilling konnten nur auf Grund der Anfang 1995 erfolgten Umstellung auf automatisierten Strafvollzug und einer rigorosen Terminüberwachung erzielt werden.

Bezüglich der Rückstandsbetreuung muß daher zusammenfassend bemerkt werden, daß der zusätzliche Arbeitsanfall mit dem bestehenden Personal nicht mehr zur Gänze bewältigt werden konnte. Selbst bei flexibler Arbeitsaufteilung, zeitlich begrenzter Aushilfe durch Personal anderer Dienststellen, überdurchschnittlichem Arbeitseinsatz und permanenten Mehrdienstleistungen des zugewiesenen Personals konnten Arbeitsrückstände nicht mehr vermieden werden. Es werden daher in Zukunft bei der Rückstandsbetreuung öffentlich rechtlicher Forderungen wirtschaftliche Überlegungen anzustellen sein, inwieweit der Aufwand zur Hereinbringung von Rückständen verwaltungswirtschaftlich zu vertreten ist.

Im Zuge der Modernisierung des Rechnungswesens der Stadt Wien wurde im November 1996 die Verrechnung der Parkometerstrafen in das bestehende System der Abgaben- und Strafenverrechnung eingebunden. Dabei mußten die Daten von rund 700.000 Strafverfahren in die aktuelle Datenbank eingebracht werden. Die Übernahme der Daten erfolgte zwar EDV-unterstützt, doch waren während einer längeren Vorbereitungszeit umfangreiche Bereinigungsarbeiten, Kontrollen und Nachbearbeitungen erforderlich. Nach einer gezielten Schulung des Personals kann bereits jetzt mit Recht angenommen werden, daß das neue System eine Arbeitserleichterung bringen wird, durch die die Mehrbelastungen des Strafvollzuges teilweise kompensiert werden.

Da in letzter Zeit die Bestrafung von ausländischen Tätern forciert wurde, wurde zur kostengünstigen Verrechnung der in der BRD einbezahlten Strafen bei der Bank Austria AG in Riezlern im Kleinen Walsertal ein D-Mark-Konto eröffnet. Die Einzahlungsbelege werden täglich den betreffenden Dienststellen im Wege der Stadthauptkasse übermittelt. Die Umrechnung in Schilling und Überweisung auf das Hauptkonto der Stadt Wien erfolgt monatlich, so daß nur einmal monatlich Spesen anfallen. Die Aufteilung der Gelder erfolgt durch Stadthauptkasse und Zentralbuchhaltung kontokorrentmäßig.

Im Zuge der Einführung des 10-Minuten-Gratisparkscheines mußten in der Abgabenhauptverrechnung kurzfristig an 1.093 Personen (Trafiken) Provisionen von insgesamt 1,093.000,00 S für den Vertrieb dieser Parkscheine angewiesen werden.

Der Zahlungsverkehr zwischen der Stadt Wien (im Wege der Stadthauptkasse) und den Geldinstituten gestaltete sich im Jahr 1996 äußerst schwierig.

Die unkoordinierte Umstellung des jahrelang bewährten Zahlungsverkehrs mittels Erlagscheins, Zahlscheins oder Überweisung diverser Geldinstitute (z. B. keine Übermittlung von Originalbelegen, Telebanking, Gutschriftstruncation, Imageverarbeitung) führten 1996 öfters zu Fehlersituationen. Falsche oder überhaupt keine Belege, fehlerhafte Datenträger bis zu falschen Zubuchungen in den Kontoauszügen mußten verfolgt und händisch berichtigt werden. Die weitere Entwicklung ist derzeit noch nicht absehbar. Erst wenn sich alle Geldinstitute im Zuge ihrer Rationalisierungsbestrebungen auf ein einheitliches System mit gleichwertiger technischer Ausstattung geeinigt haben werden, können wieder die Vorteile des automatisierten Zahlungsverkehrs bei der Stadt Wien zur Gänze zum Tragen kommen.

Von der Stadthauptkasse wurden 1996 erstmals mehr als 1 Million Rechnungen (1,044.000) angewiesen, was eine Steigerung von 8,5 Prozent bedeutet.

Anlässlich der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1996 und der EU-Wahl wurden innerhalb von nur zwei Wochen 16,2 Millionen Schilling an insgesamt 1.600 Rechnungsleger bar ausbezahlt. Da vier Kassenschalter zur Verfügung standen und zusätzliches Personal aus anderen Bereichen der Stadthauptkasse herangezogen wurde, kam es zu keinen nennenswerten Wartezeiten. Die Möglichkeit der bargeldlosen Behebung der Wahldienstentschädigung haben lediglich 339 Einzelpersonen (etwa 3%) genutzt.

Im Bereich der Drucksortenverwaltung wurden im Jahre 1996 Untersuchungen angestellt, Allgemeine Drucksorten in der Stadthauptkasse über PC zu erstellen und den Dienststellen über das PC-Netz der MA 14 zur Verfügung zu stellen. Erste Tests mit der MA 55 verliefen sehr erfolgreich.

Die nachstehende Arbeitsstatistik soll die Leistungen der Dienstgruppen des Rechnungsamtes dokumentieren:

### Buchhaltungsdienst

Eingangsrechnungen .....	931.756
Ausgangsrechnungen .....	753.943
Einnahmegebührrstellungen .....	428.459
Ausgabegebührrstellungen .....	1,567.534
Buchungen	
– der Haushaltsverrechnung .....	4,352.574
– der dienststellenbezogenen Gebarung .....	1,099.424
Stammdatensätze .....	660.447
Bildschirmabfragen .....	367.921
Mahnungen .....	216.062
Weitere Einhebungsschritte .....	70.410
Gesamtumsatz aller Buchungen .....	S 713,133.276,76

### Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung

Kontenanzahl .....	787.520
Eingelangte Einzahlungsbelege .....	1,428.317
Eingelangte Abgabenerklärungen .....	171.289
Mahnungen .....	118.464
Vollstreckungsanträge .....	44.512
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichtbezahlung bzw. Nichteinbringung von Steuererklärungen .....	74.337
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen .....	4.341
Zwangsstrafen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen .....	2.744
Erfasste Buchungen über Bildschirm .....	782.200
Stammdateneränderungen über Bildschirm .....	352.325
Ausgesandte Kuverts für Zahlscheine .....	256.526
Erklärungen .....	69.132
Lastschriften .....	810.447
Bescheide, Kostenersätze .....	36.500

### Abgabenstrafenverrechnung

Kontenanzahl .....	694.909
(Anstieg durch Übernahme aller Verfahren der letzten 5 Jahre in die aktuelle Datenbank)	
Eingelangte Einzahlungsbelege .....	124.626
Mahnungen .....	59.047
Vollstreckungsanträge .....	35.945
Aufforderungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe .....	15.116
Anträge auf Vorführung zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe .....	12.421
Gerichtliche Exekutionen (inkl. Lohnpfändungen) .....	5.529

### Verkehrsstrafenverrechnung

Kontenanzahl .....	372.426
Eingelangte Einzahlungsbelege .....	147.809
Mahnungen .....	67.112
Vollstreckungsanträge .....	31.870
Aufforderungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe .....	16.329
Anträge auf Vorführungen zum Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe .....	12.334
Gerichtliche Exekutionen (inkl. Lohnpfändungen) .....	4.075

### Stadthauptkasse

Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen .....	1,043.760
Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen) .....	102.094
Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben) .....	15.907
Einzahlungen Auslandskonto .....	227
Bearbeitete Verbote .....	104.815
Ausgefertigte Bar-Einnahmen und -Ausgaben .....	11.896

Unbare Einnahmen – Ausgaben .....	3.900
Eingelöste Schecks .....	6.087
Bargeldumsätze in der Kassenstelle:	Schilling
Geldgebarung .....	917,252.000,00
Wertmarkenverkauf .....	280,523.000,00
Drucksortenverkauf an Parteien .....	1,051.000,00
Gebahrung in der Drucksortenstelle:	
Verwaltungsabgabemarken und Wertdrucksorten an Dienststellen im Wert von .....	S 137,305.000,00
An Dienststellen abgegebene Straßenbahnfahrtscheine im Werte von .....	S 6,300.000,00
	Stück
Ausgegebene allgemeine Drucksorten .....	10,332.000
<b>Erhebungs- und Vollstreckungsdienst</b>	
Aktenzugang .....	208.945
Erledigungen .....	209.970
Tagesdurchschnitt .....	25,3
Einhebungen .....	S 245,922.318,00
Ersatzvornahmen .....	450

## Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie

Die MA 14 – ADV unterstützte auch 1996 den Dienstleistungskonzern Magistrat beim bürgernahen Handeln, indem EDV-Produkte und EDV-Leistungen unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse und Gegebenheiten der verschiedenen Abteilungen des Magistrats im Magistratsbereich nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zur Verfügung gestellt wurden. Die Forderung nach elektronischer Kommunikation zwischen dem Bürger und der öffentlichen Verwaltung wurde durch die Realisierung der Erreichbarkeit aller magistratischen Dienststellen mittels e-mail erfüllt. Das Service-Angebot der Stadt Wien im Internet wurde weiter ausgebaut (Wien Online, Wien Service) und auch das magistratsinterne Informationssystem (Wien Intern) wurde den Bedürfnissen in der Stadt Wien angepaßt und neu gestaltet.

### Stabstellen

#### Koordination und integrative Aufgaben

Die Übernahme der Daten aus dem Handbuch der Stadt Wien (109. Jahrgang) in das Stadtinformationssystem „Überblick Wien“ wurde abgeschlossen und präsentiert.

Unter Einsatz des Produktes Stadtinformationssystem „Überblick Wien“ konnte ein Prototyp eines Informationssystems für „Ältere und Behinderte“ (Senior.Wien) im Rahmen des EU-Projektes „INFORMATION System ON Demand“ erfolgreich entwickelt und in den dafür zuständigen EU-Projektgremien vorgestellt werden. Anfang 1996 wurde mit dem neuen Pilotprojekt Bürger-Service-Zentrum begonnen. Dabei war ein EDV-Konzept zu erstellen und die notwendigen EDV-Voraussetzungen zur Abwicklung, Einführung und Organisation eines Bürger-Service-Zentrums im Amtshaus 22., Schrödinger Platz, waren zu schaffen. Nach der erfolgreichen Vorstellung des Prototypen einer Bürger-Service-Station wurde die Durchführung eines Feldversuchs und die Aufstellung von weiteren 12 Geräten beauftragt. Die Kontakte mit den Dienststellen, die sich neuer Medien bedienen, wurden insbesondere im „Cybercafé“ intensiviert. Den interessierten Bediensteten wurden im Wege des Intranets zahlreiche zusätzliche Informationen zur Verfügung gestellt; u. a. wurde vom Gebäudemanagement-System (GEMMA) ein Informationssystem-Prototyp via Intranet konkretisiert.

#### Fachaufsicht

Vom Referat Fachaufsicht wurde der Katalog für dezentrale EDV-Funktionen weiter detailliert und ein praxisnahes Bewertungsmodell entwickelt. Mittels eines EDV-Profilerhebungsbogens wurden, teilweise vorort, 108 personenbezogene Zulaganträge begutachtet. Es wurden 200 Anträge auf EDV-Zulagen betreffend 1.522 Bildschirmarbeitsplätze bearbeitet. Die für die Informationsverarbeitung im Magistrat erforderlichen Normen und Standards wurden regelmäßig überarbeitet und im VAX-VTX bzw. in Wien Intern publiziert. Die Vertretung im KIT-Ausschuß der Bundesdienststellen für technische Standard/Normen als Ländervertreter wurde wahrgenommen. Im EDV-Forum für Information und Kommunikation wurden in sechs Veranstaltungen etwa 300 EDV-Referent/inn/en professionelles, fachliches Know-How und strategisches Wissen über die EDV im Bereich des Magistrates der Stadt Wien, sowie unterstützende Informationen für die Erstellung des EDV-Konzeptes in den Dienststellen vermittelt.

## Personal und Ausbildung

Die MA 14 – ADV verfügte mit 31. Dezember 1996 über 394 Dienstposten inklusive Überstandsdienstposten. Ab 1. Jänner 1997 erhöhte sich der Dienstpostenstand auf 404 Dienstposten, wovon 8 auf das Büro der Geschäftsgruppe „Planung und Zukunft“ fallen. Insgesamt waren im Jahr 1996 10 Neuaufnahmen (davon 2 magistratsinterne Zuversetzungen) und 12 Austritte (4 magistratsinterne Versetzungen, 3 Karenzurlaube, 1 Todesfall, 1 Pensionierung und 3 Kündigungen) zu verzeichnen. Es wurden 85 Personen vom freien Markt und 50 Personen aus den Fachabteilungen der Stadt Wien einem EDV-Eignungstest unterzogen.

Im Herbst 1996 wurde im Rahmen der internen Personalentwicklungsaktivitäten ein neues Pilotprojekt „Erfahrungswerkstatt“ für dienst erfahrene Mitarbeiter/innen begonnen. Dadurch sollen generelle Erkenntnisse über die Situation dienst erfahrener Mitarbeiter/innen gewonnen werden, um Verbesserungsmöglichkeiten für die Zukunft zu erkennen und Wissen und Erfahrung besser weitergeben zu können. Weiters wurde im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen ein Trainingszyklus für Kundenberater konzipiert, welcher im Jahr 1997 umgesetzt werden wird.

Im Rahmen der Ausbildung wurden 1996 rund 370 Veranstaltungen für rund 2.700 Teilnehmer/innen selbst veranstaltet bzw. in Zusammenarbeit mit der MD-VA, der MD-VR und Fremdfirmen organisiert. Davon waren rund 300 Teilnehmer/innen aus Fachabteilungen in dezentralen EDV-Funktionen. Rund 20 Führungen in der MA 14 – ADV wurden für Besucher aus dem In- und Ausland organisiert. Die Betriebsverantwortung, Koordination und Administration der Vergabe der Besprechungs- und Schulungsräume der MA 14 – ADV und der Schulungs- und Präsentations-HW wurden 1996 weiterhin in zunehmendem Maße auch für ADV-Externe wahrgenommen.

### Dezernat Fachbereichsbetreuung Magistrat

Unter dem Arbeitstitel „Der informierte Bürger“ (Wien Online) wurden im Auftrag der MA 53 und mit Unterstützung der Grundlagen-SW-Gruppe vielfältige Informationen und Leistungen der Stadt Wien auf einem weltweit zugänglichen World Wide Web – Server angeboten, wie z. B. WIBIS – Wiener Bibliotheksinformationssystem, aktuelle Wohnungsangebote, Frauenförderung, aktuelle Ereignisse usw. Das magistratsinterne Informationssystem im World Wide Web wurde mit Unterstützung durch die Grundlagengruppe unter dem Namen „Wien Intern“ umstrukturiert und erweitert. Im Auftrag der MDI wurde ein World Wide Web-Server zur Präsentation von EU-Projekten im Rahmen von Telecities aufgebaut und die entsprechenden Seiten in 5 Sprachen aufbereitet. In Zusammenarbeit mit der Geschäftsgruppe für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien fanden unter Beteiligung des amtsführenden Stadtrates Dr. Hannes Swoboda einige sogenannte „ONLINE-CHATS“ via Internet statt. Aus Gründen der Netzwerksicherheit wurde der sogenannte TELEROOM geschaffen. Der TELEROOM besteht aus mehreren nachrichtentechnischen Hardwarekomponenten und spezieller Sicherheitssoftware.

Auf Anordnung des Herrn Magistratsdirektors wurden alle erlaßgebenden Stellen mit der Möglichkeit ausgestattet, ab 1. November 1996 Erlässe elektronisch versenden zu können. Die Umsetzung der notwendigen EDV-technischen Ausstattungen für den Einsatz der elektronischen Versendung von MD-Erlässen konnte termingerecht installiert werden. Weiters wurde mit der Erstellung eines Konzeptes für den Einsatz eines magistratsumfassenden „Erlaßsammlersystems“ begonnen.

Im Berichtszeitraum wurden rund 2.200 Ausschreibungen mittels ISBA (Informationssystem Bauen) durchgeführt. Im Rahmen der Angebotsbearbeitung wurden rund 12.000 Angebote durchgerechnet.

Die von ISBA verwendeten und somit für die Stadt Wien gültigen Datenaustauschrichtlinien wurden nebst den zugehörigen Prüfprogrammen über Internet über die Stadtverwaltung hinaus veröffentlicht und zur Verfügung gestellt. Das Programmpaket „ISBA-Bauabrechnung“ wurde im Berichtszeitraum auf rund 50 Baustellen der Stadt Wien neu installiert, wobei in den meisten Fällen auch jeweils die Einschulung der Benutzer erfolgte.

Mit November 1996 kam das neue Parkometersystem zum Einsatz, welches im Prinzip mit dem System für den ruhenden Verkehr ident ist. Es bietet eine Reihe von Verbesserungen, die die Handhabung des Strafverfahrens wesentlich erleichtern.

Die Verwaltungsstrafenlösung, die eine wesentliche Verbesserung der Bearbeitung in der Strafverfügungserstellung bietet, wurde für die Integration der Abgabenstrafen vorbereitet.

1996 wurde die 1995 begonnene Umstellung des Integrierten Büroverwaltungssystems (IBS) von der Version IBSplus auf die Nachfolgerversion IBSnext fortgesetzt. Das Projekt „Umstellung der Textverarbeitung mit dem Editor DECText auf den Editor WPSplus“ wurde im Berichtszeitraum wie geplant erfolgreich abgeschlossen. Von den mittlerweile rund 9.300 IBS-Benutzerkonten im Magistratsbereich, die mit der Textverarbeitung DECText arbeiteten, wurden bisher rund 8.350 auf die neue Textverarbeitung WPSplus umgestellt. Im Verlauf des WPSplus-Projektes wurden 2.000 Personen in der Handhabung von WPSplus im Rahmen eines Basiskurses und 1.105 Personen intensiv geschult. Im Rahmen der PROFI-Protokollierung wurde heuer eine Gesamtanzahl von mehr als 240 Installationen mit mehr als 4.500 Usern erreicht. Die Neuentwicklung der PROFI-Auswertungen, die bisher zentral erstellt wurden, ist fertiggestellt und auf allen IBS-Rechnern, inklusive Gesundheitsbereich, eingesetzt. Dies bedeutet eine Entlastung der IBM-Großanlage, was erst durch Leistungssteigerungen bei den Subsystemen möglich wurde. Die VTX-Software wurde entsprechend den Anforderungen der Dienststellen adaptiert. Ferner wurde die Basissoftware

an die geänderten Hardware-Bedingungen angepaßt. Im Zuge der IBSnext-Umstellung wurden alle VTX-Geschäftsfälle entsprechend verändert. Um den WWW-Zugriff auf VTX-Daten zu ermöglichen, wurden Gateways erstellt und flächendeckend zum Einsatz gebracht. Weiters wurde die Verteilung der Wahlstrukturen über das VTX durchgeführt. Für das Benutzerberechtigungsverzeichnis wurde eine Windowsoberfläche neuentwickelt.

Das Wiener Umweltinformationssystem (WUIS) ist eine Sammlung von Programmen zur Integration von Fachdaten verschiedener Umweltaufteilungen unter einer Oberfläche. Im 1. Quartal 1996 wurden die Basis-, Naturschutz-, Lärm- und Luftapplikation zum Betatest in der MA 22 und in der Wiener Umwelthanwaltschaft freigegeben. Diese Betatestversion, die unter Windows for Workgroups lief, wurde auch erstmals bei der Global Village 1996 der Öffentlichkeit vorgestellt. Im 2. Quartal 1996 erfolgte die Umstellung des Wiener Umweltinformationssystems auf Windows 95, wodurch die Stabilität wesentlich verbessert werden konnte.

Für die Einbindung der Behindertenhilfe in die Pflegegeldadministration wurde in einer ersten Ausbaustufe eine programmtechnische Lösung realisiert, die es erlaubt, daß die MA 12-internen Pflegegeld-Übergänge vom Behindertenreferat im SOKO-Modul „Pflegegeld“ erfaßt werden können, so daß das Pflegegeldreferat nach Prüfung der Aktlage nur noch die Bewilligung und somit verrechnungstechnische Aktivierung des Pflegegeldüberganges durchführen muß („Vier-Augen-Prinzip“).

Im Berichtsjahr wurden in allen 17 Ämtern für Jugend und Familie die Arbeitsplätze der Rechnungsführer/innen (bisher Terminals) und in einzelnen ÄJF die Arbeitsplätze der Amtsleiter/innen und der Rechtsfürsorge mit EDV ausgestattet.

Auf Grund der Änderung im Bereich der Namensführung durch die Personenstandsverordnung 95 waren im EDV-System der Standesämter auch 1996 weitere Änderungen und Erweiterungen notwendig.

Auf Anforderung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger erfolgt die Übermittlung der Daten der wöchentlichen Sterbefälle via Filetransfer anstatt der schriftlichen Mitteilungen.

Auf Grund der Neuorganisation der Einbürgerung (EDV-System) wurde es erforderlich, die Datenübermittlung an das ÖSTAT diesbezüglich abzuändern, daß alle, bei den einzelnen Quartalsübermittlungen nicht berücksichtigten Einbürgerungsfälle (Auslandseinbürgerungen mit rückwirkender Wirksamkeit) gesammelt, zum Zeitpunkt der Datenübermittlung des 1. Quartals des Folgejahres nachträglich übermittelt werden. Ebenso wird zu diesem Zeitpunkt der MA 66 eine Gesamtauswertung der für Wien relevanten Einbürgerungsfälle des abgelaufenen Jahres übermittelt, um für beide Nutzer die gleiche Datenbasis zu schaffen. Die durch die doppelte Datenhaltung im Bereich des Ausländeraufenthaltsgesetzes bedingten Datendivergenzen wurden bereinigt, und die Applikation „AEG“ wurde nach den notwendigen Adaptionen im Bereich Meldewesen zum Einsatz gebracht.

Die Entscheidung zur Errichtung eines Bürgerservicezentrums im BA22 und der damit verbundenen Serviceleistung der Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen erforderte eine Erweiterung im bestehenden Staatsbürgerschaftssystem in den Bereichen Revision, Nachweisdruck, Nachweisverwaltung und Formulare. Der Ausdruck der Staatsbürgerschaftsnachweise erfolgt mit Siegel und der Unterschrift des entsprechenden Revisors (EDV-technisch erstellte Formulare). Der Einsatz erfolgte termingerecht mit der Eröffnung am 12. Juni 1996.

Die neue, für den Jahrtausendwechsel adaptierte Mietendatenbank wurde nach einer mit den Fachabteilungen gemeinsam durchgeführten Testphase in Einsatz gebracht. Das TIP/TAP System hat die Endausbaustufe mit einer Redaktionsstation und 24 Abfragestationen (17 mobil und 7 ortsgebunden) erreicht. Damit ist der flächendeckende Einsatz in Wien gegeben und die Wohnungsinformationen sind zumindest einmal in jedem Bezirk abrufbar. Die Qualität der eingescannten Bilder konnte durch Nachbearbeiten mit neuen Tools verbessert werden.

Die stark überalterten Luftbildauswertegeräte mußten durch neue Systeme ersetzt werden. Dazu wurde eine Ausschreibung durchgeführt. Nach Eignungsprüfung in einem Test wurde das Gerätesystem in der MA 41 installiert. Der Bedarf an Mehrzweckkartendaten in verschiedenen Varianten ist weiterhin im Ansteigen begriffen. Von den Anwendern der GIS-Systeme kommt vermehrt die Anforderung, die Mehrzweckkarte als Hintergrundbild verwenden zu können. Um diese Anforderungen zu erfüllen, wurde die Mehrzweckkarte im Rasterformat TIFF (Blattschnitt 1:5000) zur Verfügung gestellt. Gemäß der geänderten Wiener Bauordnung wurde die interaktive Bearbeitungsmöglichkeit der Beschriftung des Bebauungsplanes auf den Grafikstationen erweitert. Die digitale Erfassung der Rohrnetzpläne 1:2000 wurde abgeschlossen. Damit steht der MA 31 erstmals das gesamte Rohrnetz in digitaler Form zur Verfügung.

Die unter dem Titel „Strukturanpassungsgesetz 1996“ veröffentlichten Gesetzesänderungen hatten eine Vielzahl an Änderungen in den Lohnverrechnungsprogrammen zur Folge: z. B. Arbeitslosenversicherung; Bonus-Malus Regelung für Dienstnehmer über 50; Lohnsteuerabsetzbetrag. Alle Änderungen konnten termingerecht realisiert werden.

Die Bearbeitungsmöglichkeiten für die Differenzierung des Wahlrechts wurden eingerichtet, entsprechende Auswertungsfunktionen bereitgestellt und die Datenübertragungen zum Bundesministerium für Inneres durchgeführt. Sämtliche Unterlagen und Auswertungen für die Abwicklung der EU-, GR- und BV-Wahlen 1996 wurden termingerecht fertiggestellt. Darüber hinaus wurde das Wählerverzeichnis zur Einsichtnahme erstmals online zur Verfügung gestellt, sowie die Ausstellung von Wahlkarten und Anträgen EDV-technisch unterstützt.

Ab dem 2. Dezember 1996 wurden Daten mit dem „Zentralen Gewereregister“ des Bundes ausgetauscht. Zum Projektbeginn standen rund 90.000 aufrechte Gewerbeberechtigungen zur Verfügung, die durch die Übernahme der Daten von der WKÖ (Wirtschaftskammer Österreich) entstanden waren.

Das Museumssystem CMB-Storager wurde nach umfangreichen Adaptierungen installiert, getestet und in Betrieb genommen. An 4 Arbeitsplätzen wurde ein Internetanschluß realisiert.

Die Datenerfassung für das Kanalinformationssystem wurde auf der Basis des 1995 erstellten Grobkonzepts fortgesetzt. Mitte 1996 waren bereits etwa 40 Prozent des Kanalnetzes durch die MA 30 erfaßt. Damit ist für diesen Teil des Kanalnetzes ein übergeordnetes Ordnungssystem verfügbar, an das alle anderen Informationen über Leistungsfähigkeit, Zustand und Betrieb des Kanalnetzes angekoppelt werden können.

Für die von der MA 33 in Eigenentwicklung erstellte Applikation zur Evidenthaltung, Verfolgung und Abrechnung von Störungen der Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, die derzeit eine reine MS Access-Anwendung ist, wurde eine Oracle-Datenbank installiert. Die Anwendung wurde 1996 um die Funktion Baustellenverwaltung erweitert.

Für das Projekt FEVIS (Feuerwehr-Verwaltungs- und Informationssystem) wurde der vorgesehene Stufenplan im Jahr 1996 bereits zum Teil realisiert (die Teilverkabelung und Teilvernetzung der Hauptfeuerwache (HFW) Zentrale am Hof sowie der HFW Leopoldstadt).

Auf Grund einer Erhebung des aktuellen Bedarfes an Listausgaben der Straßen und Adressen von Wien konnte eine Einsparung von rund 90 Prozent erreicht werden, da den Beziehern von Listen je nach technischer Möglichkeit die Onlineabfrage angeboten werden konnte.

#### WIPIS-Wiener Personalinformationssystem-Projektkoordination

Im Berichtsjahr wurde die Übernahme der Daten aus dem bestehenden Lohnverrechnungssystem BU3 in WIPIS für die aktiven Bediensteten der Wiener Landeslehrer und die Verwaltungsdaten der aktiven Magistratsbediensteten durchgeführt. Die sich im Parallel- und Testbetrieb ergebenden Änderungen und Erweiterungen wurden laufend im System WIPIS ergänzt. Die Geschäftsfälle im Bereich der Verwaltungsdaten der aktiven Magistratsbediensteten (Beamte und Vertragsbedienstete) wurden mit September 1996 in den Produktionsbetrieb übernommen.

#### Info-Center

Im März 1996 wurde das fünfjährige Bestehen gefeiert. Rund 80 Produktbetreuer/innen der MA 14 – ADV gewährleisteten die rasche und problemlose Unterstützung aller Standardprodukte.

Bei den 1996 abgehaltenen 12 Info-Tagen wurden 764 Besuche gezählt; persönlich eingeladen wurden monatlich knapp 1.400 EDV-Anwender/innen des Magistrates. Bei der Planung der Vortragsthemen stand die Aktualität und die Information über Standardprodukte (Einsatz und Anwendung) im Vordergrund. Das monatlich zu den Info-Tagen erscheinende Info-Blatt wurde an die Besucher verteilt und den EDV-Anwendern des Magistrates der Stadt Wien auf Wunsch zugesandt (rund 750 Abonnenten erhielten monatlich mit der Dienstpost etwa 1.300 Exemplare). Die derzeitige Auflage beträgt mehr als 1.600 Stück. Weiters gibt es das Info-Blatt zusätzlich im magistratsinternen INTERNET zu lesen.

#### Ergonomiewarbeitskreis

Die Auswirkungen bzw. die Umsetzung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes in Verbindung mit den EU-Richtlinien und dem AschG wurde abgehandelt. Bei Bildschirm-Ausschreibungen und Einrichten eines Bildschirmarbeitsplatzes vor Ort wurden in vielen Fällen kostengünstige Möglichkeiten offeriert oder bei der Auswahl und Aufstellung von EDV-Arbeitsplätzen beraten.

#### Neuorganisation EDV-Anwendungskonzept

Zum Erstellen des Berichtes „Mittelfristiges EDV-Anwendungskonzept“ der MA 14 – ADV wurde als Ersatz für die nicht mehr wartbare Applikation ein neues System entwickelt.

#### Auftrags- und Beratungskoordination

Am Ablauf der Hard- und Softwareanforderungen wurden laufend Verbesserungen durchgeführt. Mit der Erstellung eines Konzeptes für die Verbesserung der Beratungstätigkeit wurde begonnen.

#### Projektkoordination

Im gesamten Berichtsjahr wurden wöchentlich Projektgremien mit Berichten und Diskussionen über die bedeutenden Projekte der MA 14 – ADV vorbereitet, moderiert und dokumentiert.

Verfahren zur Erfassung, Berechnung und Darstellung der Wirtschaftlichkeit von EDV-Projekten wurden aus der einschlägigen Literatur auf Brauchbarkeit im öffentlichen Dienst überprüft. Für einige Methoden der Wirtschaftlichkeitsberechnung und die Kosten/Nutzen-Analyse wurden in der MA 14 – ADV anwendbare Beschreibungen und EDV-Formulare entwickelt.

## Dezernat Produktion

Die durch die MA 14 – ADV in Abstimmung mit der MA 34 geschaffene Verkabelungsstrategie wurde auch im Jahre 1996 in hohem Maße in die Realität umgesetzt. Unter anderem wurden Installationen für diverse Amtshäuser, Bürgerservice-Stationen, Feuerwachen und Schulen durchgeführt.

Mit der Inbetriebnahme des City-Netzes wurden erstmals gemeinsame Übertragungswege für die Sprach- und Datenkommunikation verwendet. Im Zuge des City-Netzes werden Wien-weit Bezirksämter, Amtshäuser und auch Spitäler in ein breitbandiges Kommunikationsnetz auf Basis eines Lichtwellenleiternetzes integriert. Die Betreiber dieses Netzes sind die Wiener Stadtwerke und diese übernehmen damit erstmals die Aufgaben eines Telekommunikationsanbieters. Die Realisierung bzw. der weitere Ausbau dieses Netzes erfolgt modular orientiert an den Bedürfnissen der Benutzer. Die Postmieteleitungen werden ab 1997, bedingt durch das City-Netz, stark an Wertigkeit verlieren.

Mit dem KAV-AKH wurde eine Vereinbarung ausgearbeitet und abgeschlossen, in deren Rahmen die MA 14 – ADV die Systembetreuung der AKH-Großanlage übernommen hat. Dafür wurde ein Übernahmeverfahren ausgearbeitet und eine leistungsfähige und stabile Rechnerverbindung realisiert. Es werden nunmehr laufend Leistungen in den Bereichen Softwareinstallation und Systembetreuung für das AKH erbracht.

Für die Produktionsreferate, in denen das Qualitätsmanagement bereits im Einsatz ist, wurden die im Vorjahr erarbeiteten Verfahrensanweisungen überarbeitet und entsprechend dem kontinuierlichen Verbesserungsprozeß neue Dokumentationen für die Abläufe zum Einsatz gebracht.

Die geplante unbemannte RZ-Betriebszeit der Großanlage betrug 5.742 Stunden (gegenüber 5.772 Stunden im Vorjahr), 202 (256) Stunden waren für geplante Arbeiten vorort oder remote zu leisten, 75 (82) Stunden waren für Einsätze auf Grund von Pagerrufen erforderlich, tatsächlich unbemannt war das RZ 5.465 (5.434) Stunden.

1996 wurde eine IBM 9672-R63 Zentraleinheit mit 6 Prozessoren, 768 MB Hauptspeicher und 256 MB Erweiterungsspeicher installiert. Im Laufe des Jahres 1996 wurden 260 Bildschirme, 1.400 PCs (davon rund 600 Austausch), 480 Drucker und 2.100 EDV-Anschlußdosen installiert. 620 Geräteübersiedlungen (Abbau und Wiederaufbau) wurden durchgeführt. In 160 Verkabelungsprojekten wurden über 100 km Kabel verlegt. 2.600 Supportleistungen wurden für Installation und Störungsbehebung geleistet. Insgesamt wurden 17.500 LASYS-Leistungen erledigt.

Die EDV-Referenten wurden in der dezentralen Benutzerberechtigungsverwaltung geschult. 13 zusätzliche VAX-Rechner wurden in Betrieb genommen. 250 Datenplatten wurden laufend von nicht mehr benötigten Beständen bereinigt. Die Zahl der betreuten Arbeitsplätze stieg um rund 1.000 an. Entsprechend stieg auch die Zahl von Useranforderungen: rund 1.900 neue Berechtigungen und rund 500 Änderungen. Die Zahl der neuen User ist im Vergleich zu den zusätzlichen Arbeitsplätzen so groß, weil zahlreiche Sammeluser im Sinne der Datensicherheit auf einzelne Benutzerberechtigungen gesplittet wurden.

An den beiden zentralen Kundendienstklappen 9815 und 9816 wurden Störungsmeldungen sowie Wünsche, Anregungen und Beschwerden entgegengenommen und an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Anzahl der Anrufe: Subsysteme: 21.318 (Bereitschaft: 242), Großanlage: 7.802 (Bereitschaft: 15). Ein auf Client/Server-Basis eigenentwickeltes Störungs-Online-System „SOS“ wurde zur Koordination der Störungsbehebungen eingesetzt. Störungen bei den im Bereich der MA 14 – ADV installierten Endgeräten, nachrichtentechnischen und Netz-Komponenten sowie PC-Systemen wurden damit eingegrenzt, beschrieben und mit rund 4.530 ADV-Technikereinsätzen und mit 2.732 Firmeneinsätzen (Wartungsverträge/Garantie) behoben.

Ab Ende Mai 1996 wurden innerhalb von vier Wochen neben der normalen Tagesarbeit Mietabrechnungen und Mietverständigungen gedruckt. Im Gegensatz zum Vorjahr verringerte sich die Outputmenge auf den Endlosdruckern von 521.288 auf 163.726 Blatt, dafür stieg die Druckmenge auf den langsameren Einzelblattdruckern von 780.881 Blatt im Vorjahr auf 856.586 Blatt an. Durch diese Erhöhung konnte trotz verringerter Gesamtanzahl der Termin oft nur durch Mehrdienstleistungen an Feiertagen und Wochenenden gehalten werden.

Im August 1996 wurden Hauskundmachungen und Wählerverzeichnisse für die im Oktober 1996 stattgefundenen Wahlen für Landtag, Bezirksvertretungen und Europäisches Parlament gedruckt, geschnitten und zum Versand vorbereitet.

Ab Jänner 1996 wurde auf Grund einer Entscheidung der Datenschutzkommission die Kuvertierung der Gehaltsbelege aller Bediensteten des Magistrats Wien von jeweils mehr als 100.000 Belegen pro Monat zusätzlich durchgeführt.

## Kommunikationstechnologie

Zur Realisierung von multifunktionalen Arbeitsplätzen wurde an Projekten wie Faxintegration am EDV-Arbeitsplatz, mobile Datenkommunikation mittels GSM und Video-Konferenz mittels ISDN mitgearbeitet. Die Pilotinstallation zwischen Wien und Brüssel wurde durchgeführt. Die Bürger-Service-Stationen wurden ins Rechnernetz eingebunden. Marktbeobachtung und Testdurchführung bezüglich „FUNK-LAN“ und im Bereich „Multimedia“ wurden durchgeführt.

## Dezernat Entwicklung

### Entwicklung Grundlagen

Das Systemtuning Großanlage wurde erfolgreich durchgeführt. Die Antwortzeiten im CICS konnten verbessert werden. Tuning-Schwerpunkte waren das CICS-Tuning, Datenbank- und DB-Basissoftwaretuning sowie System- und Plattentuning.

Für das AKH wurden sämtliche Übernahme- und Unterstützungsaktivitäten der Phase I (alle Produkte der Kategorie A = „identische Software“ sind in der MA 14 – ADV bereits implementiert) durchgeführt, ebenso die Performanceüberwachung und Tuningmaßnahmen der AKH-Großanlage.

Schwerpunkte im heurigen Jahr waren der Abschluß der Tests mit dem neuen PC-Betriebssystem Windows 95, die testweise Installation des Systems im Hause (95 Installationen), und die Freigabe dieses Systems. Die Strategien für die jeweilige Verwendungsart des Betriebssystems wurden entwickelt. Danach wurden sogenannte Motherdisks (jeweils mehrere Releases) für die rasche Installation von Windows 95 im Zuge des Konzeptes „ADV-Direkt“ entwickelt. Diese Motherdisks wurden in der Folge über die Produktion den jeweiligen PC-Lieferfirmen zur Verfügung gestellt. Der gratis erhältliche Internet-Explorer der Fa. Microsoft wurde, neben diversen anderen Utilities, mit jedem Netzwerkrechner der MA 14 – ADV ausgeliefert. Ferner wurde Windows 95 für die Verwendung in Klein-Netzwerken vorbereitet, dokumentiert und an die Produktion übergeben. Im Zuge der Einführung von Windows 95 wurden diverse Schulungen abgehalten.

Mehrere neue Versionen des ADV-PC wurden entwickelt und an die Produktion übergeben. Im Bereich der Netzwerksicherheit wurden neue Serversoftwarekomponenten getestet und eingesetzt. Die Struktur unserer http-Server wurde auf neuesten Stand gebracht; erste interaktive WWW-Dienste (z. B. betriebliches Vorschlagswesen) wurden in Einsatz gebracht.

### Entwicklung Magistrat

Wie bisher waren auch im Berichtsjahr Hauptaufgaben der Referate die Wartung und Entwicklung jener beim Dezernat „Fachbereichsbetreuung Magistrat“ angeführten Applikationen, die auf dem IBM-Großrechner bzw. auf VAX- oder UNIX-Subsystemen eingesetzt wurden. Zur Steigerung von Qualität und Produktivität in der Anwendungsentwicklung wurde weiterhin der Markt untersucht. Mit NATURAL ist eine Entwicklungsumgebung, die seit vielen Jahren am Großrechner in der MA 14 – ADV zum Einsatz kommt, auch auf offenen Systemen verfügbar, dadurch wird eine deutlich höhere Produktivität erreicht. Weiters wurde die Programmiersprache Visual Basic in das Portfolio aller Entwicklungsreferate aufgenommen. In Weiterführung applikationsübergreifender Datenmodellierung wurde der Arbeitskreis „DB-Design“ ins Leben gerufen, der über konkrete Datenbankentwürfe hinaus auch bei der Entwicklung von Informationsmodellen – beispielsweise für Pflichtenhefte im Rahmen externer Vergaben – unterstützend tätig wird.

Das Projekt „Jahrtausendwechsel“ wurde im Berichtsjahr begonnen. Es hat zum Ziel, die in die Zuständigkeit der MA 14 – ADV fallende Software so zu adaptieren, daß sie den durch den kommenden Jahrtausendwechsel gegebenen Bedingungen entspricht. Dieses Projekt wird mit dem Rechnungsabschluß für das Jahr 2000 enden. Mit der Betroffenheitsanalyse für die eingesetzte Software wurde schon im Berichtsjahr begonnen.

### Client/Server

Für die Übertragung von bestehenden Client/Server-Anwendungen auf Windows 95 sowie die Erstellung neuer Applikationen für Windows 95 wurde ein Konzept erstellt. In diesem Zusammenhang wurden die in Applikationen eingesetzten Komponenten auf ihre Windows 95-Tauglichkeit überprüft und dort, wo notwendig und möglich, für den Einsatz unter Windows 95 vorbereitet. Für den Zugriff auf Server-Datenbanken wurden verschiedene 32bit-ODBC-Treiber in Zusammenhang mit Visual Basic 4.0 getestet. Im Rahmen der Marktbeobachtung bezüglich Client/Server-Entwicklungen wurden neue Versionen der im Einsatz befindlichen Entwicklungswerkzeuge evaluiert. Es wurden Übertragungshilfen von Visual Basic 3.0 auf die Version 4.0 erstellt. Auch wurden erste Tests mit Java Script, VBScript und Java als Ergänzung zu Visual Basic-Clients durchgeführt. Die Sammlung von Tips & Tricks für die Programmierung von Client/Server-Anwendungen wurde laufend erweitert und allgemein zur Verfügung gestellt. Infolge des vermehrten Einsatzes von Windows 95-basierenden Anwendungen und den immer komplexer werdenden Zusammenhängen zwischen einzelnen Applikationen wurde zur Bewältigung dieser Problematik ein Konzept mit dem Arbeitstitel „ADVPC-Neu“ erstellt.

### Offene Systeme

Die Öffnung in Richtung Internet bedeutet, daß bezüglich Sicherheit sehr strenge und genaue Richtlinien umgesetzt werden müssen. Das Referat EPS ist für die Konzeption und die Architektur des „Fireroom“ mitverantwortlich und betreut teilweise die Konfigurationen. Der „Fireroom“ ist ein netzmäßig speziell geschützter Bereich, über den der gesamte Netzverkehr mit dem „Rest der Welt“ (auch Internet) erfolgt. Ein technisches, rechtliches und organisatorisches Konzept zum Aufbau eines aktuellen Verzeichnisses (X.500) aller Bediensteten des Magistrats wurde ent-

wickelt. Es enthält unter anderem Namen, Titel, email-Adresse, Telefonnummer und IBS-Adresse. Es wurde die Synchronisation mit der IBS Userdatenbank in Produktion genommen. Die Synchronisation mit weiteren Userdatenbanken der MA 14 – ADV, der Personaldatenbank der MA 3, sowie der Telefondatenbank der MA 34 (HICOM) ist in Entwicklung.

## Verwaltung

### Interne Revision

Das Sicherheitskonzept zum neuen Zutrittssystem wurde abgeschlossen. Zur Grundlegung weiterer Kontroll- und Revisionsmöglichkeiten wurde die bestehende Kostenrechnung in ihren Funktionen und im Grad der Anwendung überprüft. Maßnahmen zur Sicherheit der Anwendungen im Bereich der Gebarung wurden verstärkt wahrgenommen. Vom Standpunkt der Sicherheit aus wurden die technischen Konzepte zu Client-/Server-Anwendungen, File-Transfer und Zugang zu externen Datennetzen überprüft. Mit dem Referenten für Datenschutz der MDI wurde vereinbart, den Dienststellen in allen Fragen des Datenschutzes Hilfestellung zu geben und, falls notwendig, die Geschäftsfälle in diesem Bereich zur Vorlage an die MDI vorzubereiten.

### Kanzlei

Von der Kanzlei wurden im Jahr 1996 rund 3.000 Schriftstücke protokolliert. Bei rund 3.500 Rechnungen wurden die Belege im Rechnungsprotokoll auf Vollzähligkeit geprüft. Etwa 70 Dienstreisen wurden abgerechnet.

### Finanzplanung, Wirtschaftsangelegenheiten, Logistik und Rechnungswesen

Die Teilvoranschlagsentwürfe für den Hoheits- und Unternehmerbereich der MA 14 – ADV wurden erstellt. Das Ausgaben-Sachbudget für die MA 14 – ADV betrug 256 Millionen Schilling. Die Ausgaben- und Einnahmenplanung wurde koordiniert. Die interne Kreditevidenz für den Bereich der MA 14 – ADV wurde geführt, rund 1.500 Bestellungen wurden bedeckt und die Rechnungen registriert und geprüft. Ferner wurden Angelegenheiten der Computerversicherung und des EDV-Systemisierungsplans wahrgenommen sowie das Abschreibungsverzeichnis geführt.

### Einkauf/Verkauf

Im Berichtszeitraum wurden 8.000 EDV-Geräte bzw. Produkte wie Hard- und Software sowie Bürogegenstände beschafft. Im Rahmen der Beschaffung wurden 45 Ausschreibungen durchgeführt und dabei 520 Angebote wirtschaftlich bewertet. Die über das Leistungsanforderungssystem teilweise gebündelt weitergeleiteten Hard- und Softwareanforderungen wurden bearbeitet und mit 1.200 Verträgen und Auftragschreiben realisiert. Über ADV-direkt wurden 1.400 PCs abgewickelt, wobei die Abrufe kurzfristig an die Lieferfirma gefaxt wurden und diese die Lieferung vor Ort, die Installation, die Kurzeinschulung der Benutzer und die Administration der Lieferung durchgeführt hat. Auf Grund des Überschreitens der Kompetenzgrenzen waren 12 Vergabeanträge an die zuständigen Gremien der Stadt Wien zu stellen.

Im Rahmen der Bewirtschaftung von 450 Artikeln wurden für die Beschaffung von 360 verschiedenen Artikeln im Berichtszeitraum 10 Ausschreibungen durchgeführt, 140 Angebote wirtschaftlich bewertet und in 400 Beschaffungsakten und Bestellschreiben für Betriebsmittel und Zubehör realisiert. 100 Bestellungen wurden zur Beschaffung an die zuständigen Magistratsabteilungen weitergeleitet, mit 100 Akten wurde EDV-Literatur beschafft. Für die Erstellung von Softwareapplikationen wurde 1 Ausschreibung durchgeführt und dabei 4 Angebote wirtschaftlich bewertet. Mit 40 Dienstleistungsverträgen wurden Kapazitätsengpässe abgedeckt. Für alle oben angeführten Beschaffungen und Aufträge wurde die Rechnungsprüfung durchgeführt, wobei 590 Einzelrechnungen bearbeitet wurden.

### Betriebsangelegenheiten

Rund 8.000 Hard- und Softwareprodukte wurden übernommen, kontrolliert, inventarisiert und an die zuständigen Betriebsverantwortlichen ausgegeben.

### Logistik

Im Bereich Logistik wurden das Leistungsanforderungssystem „LASYS“ und die Geräteverwaltung betreut. LASYS behandelt monatlich durchschnittlich 1.200 Leistungsanforderungen und lenkt diese vom Betreuer über Beschaffungsstelle, Wareneingang, Lager, Expedit an den Leistungserbringer und wieder zurück an den Betreuer. Im Geräteverwaltungssystem werden derzeit 54.000 Geräte von 34 betriebsverantwortlichen Stellen verwaltet.

### Betriebswirtschaft

Im Berichtszeitraum wurden die von der MA 14 – ADV verwalteten 144.000 Inventargegenstände der neuen Inventarvorschrift angepaßt und das Mengeninventar für sämtliche EDV-Geräte der Dienststellen des Bereichs der MA 14 – ADV (ausgenommen MA 56 und MA 43) erstellt. Es wurden 7 Skartierungen durchgeführt und 4.400 Inventargegenstände ausgeschieden. Rund 4.000 Rechnungen, betreffend inventarisierte Güter (Hardware, Software,

Möbel) wurden für die MA 14 – ADV und diverse Magistratsabteilungen bearbeitet (Kontierung der Rechnungen der MA 14 – ADV, Bestätigung der Leistungs- und Preisangemessenheit für die Magistratsabteilungen).

## Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

Über das elektronische Informationsnetz (OTS) der Austria-Pressagentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz 3.961 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 1.200 Stück umfaßte 3.192 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, den Wiener Kabeltext, an Wochen- und Monatszeitungen sowie an andere Institutionen und Personen. Die Rathaus-Korrespondenz wird auf elektronischem Weg über das magistratsinterne IBS-Netz (VTX) auch rund 12.000 Usern im Bereich der Stadt Wien zur Verfügung gestellt (seit 1994 auch mit Volltextsuche) und trägt damit wesentlich zu einer Verbesserung des Informationsflusses innerhalb der Stadtverwaltung bei. Seit 1995 werden RK, Pressespiegel, Auslands-Pressespiegel und Auslands-Magazinspiegel auch im Internet über die Wien Online-Homepage angeboten.

Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der diensthabende Redakteur der Rathaus-Korrespondenz ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der Amtsführenden Stadträte erstellt, über die ein Großteil der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Medien abläuft. Im Jahr 1996 wurden vom PID 305 Pressekonferenzen veranstaltet. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden 625 Fototermine wahrgenommen. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenates im Steinsaal des Wiener Rathauses statt. Zusätzlich waren 576 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, von RedakteurInnen des PID wahrzunehmen. Zweiwöchentlich wurde eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese „RK-intern“ wurde in rund 2.300 Exemplaren vom PID gedruckt. Zu bestimmten Themen erschienen 23 „RK-Spezial“ mit ausführlichen Hintergrundinformationen, und zwar:

„Wien personell und organisatorisch“, „Wiener Kulturkalender 1996“, „Statistische Mitteilungen: Wien in der Zweiten Republik“, „Wien – Stadtaußenpolitische Jahresbilanz 1995“, „52 550 – Fünf Ziffern für rasche Hilfe – Bürgerdienst der Stadt Wien“, „Wiener Linien 1996 – Aktuelle Entwicklungen und Vorhaben“, „Wien in den Transeuropäischen Netzen – Verkehrsmemorandum an die EU-Kommission“, „Wiener Bezirksdaten“, „Wiener Baustellen-saison 1996“, „Wiener Internationaler Frühling 1996“, „Badesaison 1996“, „Wiener Stadtwerke 2000“, „30 Milliarden für Wien – Vereinbarung zwischen Bund und dem Land Wien über ein 30-Milliarden-Investitionspaket“, „Das Wien-Haus in Brüssel“, „Rechnungsabschluß der Stadt Wien und der Wiener Stadtwerke 1995“, „Frauenbericht 1995“, „Internationales Presseecho auf die Wiener Festwochen 1996“, „RK-Wahlservice – diverse Vergleichszahlen anlässlich der Gemeinderatswahl 1996“, „Stadtaußenpolitische Halbjahresbilanz (Jänner–Juli 1996)“, „Wien digital: Neue Wege der Kommunikation und Information“, „Wiens Weg ins 21. Jahrhundert – Arbeitsübereinkommen der neuen Wiener Stadtregierung“, „Für einen neuen Kulturbegriff – Stadtrat Peter Marboe im Wiener Gemeinderat am 18. Dezember 1996“.

Die Erstellung von EDV-gestützten Indizes der Rathaus-Korrespondenz wurde fortgesetzt. Derzeit liegen die Jahrgänge 1945 bis 1951 und 1985 bis 1995 vor.

Insgesamt wurden Periodika, Flugblätter und Presseinformationen in einer Auflagenhöhe von 8.000.000 Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Die Beobachtung der Medien wurde im Pressespiegel, der täglich hergestellt und seit 1993 über das magistratsinterne IBS-Netz (VTX) rund 12.000 Usern (seit 1994 auch mit Volltextsuche) zur Verfügung gestellt wird, dokumentiert, wobei vor allem Artikel, die sich auf die Stadtverwaltung sowie auf kommunale Ereignisse beziehen, erfaßt wurden. Für diesen Zweck wurden zum einen die in Wien erscheinenden bzw. vertriebenen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar die „Wiener Zeitung“, der „Kurier“, „Die Presse“, die „Kronen-Zeitung“, „Der Standard“, „Salzburger Nachrichten“ und „täglich Alles“ sowie das „Wirtschaftsblatt“, zum anderen die Bundesländerzeitungen „Oberösterreichische Nachrichten“, „Volksblatt“, „Kleine Zeitung“, „Neue Zeit“, „Vorarlberger Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“, „Kärntner Tageszeitung“ und „Niederösterreich-Kurier“. Ferner wurden Artikel aus den Wochen- und Monatszeitungen „profil“, „WirtschaftsWoche“, „Neue Freie Zeitung“, „Die Furche“, „trend“, „Wiener“, „Wienerin“, „Falter“, „Die ganze Woche“ und „News“ ausgewertet. Der Pressespiegel wird durch Hinweise auf kommunalpolitische Beiträge in ORF-Nachrichtensendungen ergänzt. Aufgezeichnet und ausgewertet wurden regelmäßig die Sendungen „Wien heute“, „Österreich heute“, „Österreich-Bild“ (Studio Wien), „Zeit im Bild mit Kultur/19.30 Uhr“, „Zeit im Bild 2“, „Stadtjournal Radio Wien 12.30 Uhr“ und „Stadtjournal Radio Wien 16.30 Uhr“. Mitschnitten – und bei Bedarf Interessenten für den Dienstgebrauch zur Verfügung gestellt – wurden u. a. die Sendungen „Morgenjournal“, „Mittagsjournal“, „Abendjournal“, Ausschnitte aus dem „Wiener Stadtradio“ (9 bis 19 Uhr), „help“, „Freizeichen“, „Heimat, fremde Heimat“, „Pressestunde“, „Schilling“, „thema“, „help-TV“, „Vera“, „Am

Schauplatz“, „Report“, „Schiejok täglich“, „Konflikte“, „Willkommen Österreich“, „Seitenblicke“, „Zur Sache“ sowie die „Mini-ZiB“.

Ziel des Auslandspressespiegels und Auslandsmagazinspiegels ist es, über die Auffindung von Wien-Berichten in ausländischen Medien hinaus vor allem den interessierten Stellen im Magistrat Hintergrundberichte, internationale Trends und Neuheiten aus ihrem Arbeitsbereich anzubieten. 1996 wurde das Angebot des täglichen Auslandspressespiegels um deutsche und amerikanische Tageszeitungen aus dem Internet erweitert. Damit werden nun täglich 33 deutsche, schweizerische, französische, spanische, belgische, italienische, britische, irische, schottische, japanische, skandinavische und amerikanische Tageszeitungen sowie wöchentlich 14 deutsche, schweizerische, russische, britische, tschechische, ungarische und amerikanische Wochenzeitungen beobachtet. Der täglich hergestellte Auslandspressespiegel und der wöchentlich erscheinende Magazinpressespiegel wurden auch auf Internet (mit Volltextsuche und e-mail-Bestellmöglichkeit) angeboten. Über Internet und IBS wurden von 1996 aufbereiteten 17.890 Artikeln 18.084 Originalkopien bestellt und zur Verfügung gestellt. Die Bestellquote betrug daher 101,09 Prozent.

Im Handarchiv des PID wurden Zeitungsausschnitte, die „Rathaus-Korrespondenz“ und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs nach Schlagworten archiviert.

Die Stadt Wien präsentiert sich seit 1995 unter der HomePage „Wien online“ mit dem URL „<http://www.magwien.gv.at/>“ im Internet. Das Angebot wächst sehr dynamisch. Die inhaltliche Konzeption und Koordination ist Aufgabe des Presse- und Informationsdienstes. Die Inhalte werden von den jeweils zuständigen Fachdienststellen unter Mitwirkung und Beratung durch den PID gestaltet, die technische Umgestaltung obliegt den EDV-Fachabteilungen des Magistrats, des Krankenanstaltenverbundes und der Wiener Stadtwerke. Tagesaktuell sind RK und die drei Pressespiegel sowie die Luftmeßwerte zugänglich, häufig aktualisiert werden statistische Daten. Im Mittelpunkt stehen Serviceinformationen. Von den städtischen Büchereien enthält „Wien online“ eine Datenbank aller verfügbaren Werke. Die einzelnen Wiener Ergebnisse der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen 1996 sowie der EU-Wahl 1996 konnten unmittelbar nach Erscheinen auch unter der HomePage von „Wien online“ abgerufen werden. Das Internet-Service der Stadt Wien informiert unter anderem auch über aktuelle Wohnungsangebote und über aktuelle Ausschreibungen der Stadt Wien.

Von „Wien aktuell“, der Zeitung für die Bediensteten der Stadt Wien, erschienen im Jahre 1996 21 Ausgaben mit je 16 Seiten.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien“ erschienen 52 Nummern in einer Auflage von rund 6.900 Stück mit insgesamt 2.864 Seiten. Weiters erschienen im Rahmen des Amtsblattes die Geschäftseinteilung, Kreis-, Bezirks- und Stadtwahlvorschläge für die am 13. Oktober 1996 stattgefundenen Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen und die Verlautbarung der Bezirks- und Stadtwahlbehörde mit einer Auflage von jeweils 7.000 Stück.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ wurden im Jahr 1996 insgesamt 67 Stück mit 351 Seiten herausgegeben.

Beim Bezirksservice stand den 23 Bezirksvorstehern ein Bezirksreferent als Ansprechpartner für alle Belange der dezentralen Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Im Rahmen von 93 Geschäftsfällen sorgte der Bezirksreferent für die Koordination der ausführenden Arbeitsgruppen des Presse- und Informationsdienstes. Zu den gewünschten Unterstützungsleistungen zählten die Herstellung von Druckwerken und die Organisation verschiedener Veranstaltungen, wie Informationsabende und Ausstellungen. Ebenso wurde bedarfsweise Pressearbeit geleistet und Bildmaterial für die Bezirkszeitungen bereitgestellt.

„Unsere Wiener Hauswandzeitung“ erschien im Jahr 1996 in neun verschiedenen Ausgaben.

Im Rahmen des Millenniums wurden in allen Bereichen Aktivitäten gesetzt.

Dies gilt auch für Großprojekte bzw. Kampagnen wie Eislaufplatz sowie Filmfestival auf dem Rathausplatz, Herzl-Symposium, Nationalpark Donau-Auen, Information über Servicestellen, Eishockey-WM 1996, Wahlinformation und -motivation, Christmas in Vienna, Wiener Jahreswechsel.

Die Abteilung organisierte bzw. beteiligte sich u. a. an folgenden Veranstaltungen bzw. Ausstellungen:

„Unser Wien. 996 bis 1996“, „Galerie der 1000“ in Schönbrunn, „Heimat bist du großer Töchter“ in den Bezirksmuseen, „Perlmutterstraße“ im Schloß Wilhelminenberg, „Geschichte von unten“ und „Skizzen zu Österreich“ auf der Plakatmeile/Spittelberg, „Kunde: Kaiser“, Medien-Viennale, Wiener Faschingsumzug, Vienna City Marathon, Arkadengalerie, Global Village, 100 Jahre Kino in Wien, diverse Familieninfostraßen, Rathausmänner unterwegs, Wien im Blumenschmuck, Umweltforum Wien, Wiener Wohnraum, Buchwoche im Rathaus, Volleyball-Europacup-Auslosung, und für andere Abteilungen wurden u. a. die Bäderakademie, Wiener Wassertage, Sozialmesse sowie der Internationale Frühling durchgeführt.

Es gab zahlreiche Wien-Imagemaßnahmen im In- und Ausland, und in großen Städten beteiligte sich der PID aus Imagegründen an einer Reihe von Wien-Bällen. Es wurde dadurch auch ein großes internationales Medien-echo für Wien erzielt:

New York (26. 1.), Zürich (27. 1.), München (2. 2.), Den Haag (2. 2.), Berlin (2. 2.), Brüssel (9. 2.), Luxemburg (10. 2.), Athen (17. 2.), Mailand (17. 2.), Kairo (15. 3.), Abu Dhabi (2. 5.), Hongkong (4. 5.), Manila (4. 5.), Dubai (9. 5.), Muskat (13. 5.), Seoul (18. 5.), Rom (25. 5.), Johannesburg (25. 5.), Prag (14. 6.), Madrid (25. 10.), Istanbul (30. 11.), Oslo (31. 12.).

Weiters beteiligte sich der PID in Peking und Shanghai an einer Serie von Wien-Bällen in der Zeit vom 27. Jänner bis 3. Februar.

Auch im Rahmen des Millenniums fanden Wien-Bälle in Budapest (31. 5.) und Montreal (23. 11.) sowie eine Konzert-Tournee in Australien (27. 4.–18. 5.) und USA (14. 9.–25. 9.) statt.

1996 wurden u. a. zu folgenden Themen Broschüren und Folder sowie Plakate und/oder Kleber herausgegeben bzw. produziert:

„Ihr Weg nach oben“, „Wegweiser durch Wiens Ampeln“, „Lebensraum Auwald“, „Steig ein auf Wien“, „Steig ein auf Wien – Route Umwelt“, „Lebendiger Stadtwald“, „Leitfaden für die Wien-Aktion“ (Neuaufgabe), „Event-Compaß“, „Sicher unterwegs im Stadtverkehr“ (Neuaufgabe), „Geschäftsordnung für den Magistrat und Statut für die Unternehmungen der Stadt Wien“ (Neuaufgabe), „Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen“ (Neuaufgabe), „Geschäftsordnung des Landtages, Gemeinderates, der Ausschüsse, Unterausschüsse und Kommissionen des Gemeinderates“, „Verfassung der Bundeshauptstadt Wien“ (Neuaufgabe), „Auer-Welsbach-Park“, „Kornhäusl-Areal“, „Dresdner Straße“, „Brünner Straße“, „Demokratietag 26. 9.“, „Galerie der 1.000 Österreicher“, „Kurzparken in Wien“, „Wien leuchtet“, „Hebung, Instandsetzung und Umbau der Praterbrücke“, 38 verschiedene Abendprogramme „Film Festival“, „Film Festival“, „Silvester 96/97“, „3. Wiener Faschingsumzug“, „La Fenice“, „Wiener Wohnraum“, „Nationalpark“, „Nacht der Umwelt“, „Servicestellen“ (4 Sujets), „Danke schön“, „Glückwunsch/Weihnachten“, „Millennium“, „Parkinson Benefizball“, Autobuskleber „Wien hilft Sarajewo“, „Car-Sharing“ (Mailing), „Eishockey WM“.

Folgende Printprodukte wurden für andere Dienststellen produziert:

„Junge WienerInnen“ für 14jährige, „Junge WienerInnen“ für 18jährige, „Freizeitoase Alte Donau“, „Liesingbach“, „Soziale Dienste – Im Mittelpunkt der Mensch“, „Wiens Brücken sicher und wirtschaftlich“, „Billiger Parken in Garagen“, „Laaer Wald“ (Neuaufgabe), „Lainzer Tiergarten“ (Neuaufgabe), „Wanderbares Wien“ (Neuaufgabe), „Nutzwasserversorgung im Stadtpark“, „Donaustadtbrücke“, „Online – Krankengeschichte“, „KIWI – Krankenhausinformationssystem“, „ConSul – Controlling System“, „EDV im Krankenhaus“, „Schule – Müllvermeidung“, „Neue Abwasserstrategie“ (in Deutsch und Englisch), „Sanierung Alte Donau“ (Nachdruck), „Lebensraum Auwald“ (Nachdruck), „Auf den Spuren des Dritten Mannes“ (Nachdruck in Deutsch und Englisch), „Regenwasser“ (Nachdruck), „Kanalerneuerung Burggasse“ (Nachdruck), „9. Wiener Feuerwehrtage“, „Servieren Sie Ihren Gästen Leitungswasser!“, „Baden Sie in Ihrem Reichtum!“, „Fischen Sie sich die besten Stücke aus dem Kanal!“, „Tragen Sie kuschelige Pullover aus Plastikflaschen!“, „Werfen Sie Ihre Gewohnheiten einfach auf den Mist!“, „Internationaler Frühling“.

Stadteinfahrtstafeln wurden zu den nachstehenden Themen erstellt:

„Eishockey WM“, „Rathausmann“, „Servicestellen“, „Wahlmotivation“, „Wien ist anders – Kultur“.

Im Jahr 1996 wurden vom PID insgesamt rund 1.200 Inserate und PR-Artikel produziert, die in rund 300 Tages-, Wochen- und Monatszeitungen sowie in diversen unregelmäßig erscheinenden Publikationen veröffentlicht wurden.

Durch diese Inserate wurden Service- bzw. Freizeiteinrichtungen der Stadt Wien beworben, sie thematisierten aber auch spezielle Anliegen diverser Ressorts wie Wirtschaft, Verkehr, Planung, Gesundheit, Familie, Jugend u. ä. Konkrete Ankündigungen erschienen zu den Großveranstaltungen „Filmfestival vor dem Rathaus“, „Jahreswechsel 1996/97“ und im Rahmen des „Millenniums“ sowie zu der Ausstellungsreihe „Internationaler Frühling“ (MA 18). Großangelegte Informationskampagnen wurden beispielsweise zur Gemeinde- und EU-Wahl 1996, zum Nationalpark und Themen wie „Servicestellen“, „Wasser“ (MA 31), „Kanal“ (MA 30), „Soziale Dienste“ (MA 12), „Zivilschutz“ (MA 69) und zu einigen Themen der MA 48 durchgeführt.

Für die allgemeine Personalsuche der Stadt Wien und fachspezifische Postenausschreibungen des Krankenanstaltenverbundes, der MA 14 und 44 wurden gezielte Einzelinserate in Tageszeitungen und Fachmagazinen geschaltet.

Die Postwurfsendung „Unser Wien“ erschien 1996 20mal, wobei zu den Themen „Fasching“, „Die digitale Zukunft hat begonnen“, „Service für alle“, „Saubere Stadt“, „Leiwand bleibt Leiwand“, „Alles über die Eishockey-WM“, „1000 Jahre Wiener Umwelt“, „1000 Jahre live in Wien“, „Wiener Festwochen“, „Pflege und Betreuung in Wien“, „Hetz bleibt Hetz“, „Wiener Herz bleibt Wiener Herz“, „Junge WienerInnen“, „Plastikmüll“, „Wasser – Alles übers Lebenselixier“, „Sicheres Wien“, „Damit Wien in Schwung bleibt“, „Den Winter fest im Griff“, „Die Welt des Dritten Mannes“, „Alles für die Tage vor dem großen Fest“, „Mit Schwung ins Neue Jahr“ und „Wintersport vor der Haustür“ Beilagen sowie zu den Themen „Alles über die Wahlen“ und „Die neue Stadtregierung“ Spezialausgaben produziert wurden.

Das Wiener Filmbüro konnte auch 1996 wesentlich dazu beitragen, das Image der Bundeshauptstadt als Filmstadt zu fördern. Zahlreiche in- und ausländische Filmproduktionen nutzten den Service des Wiener Filmbüros speziell im Hinblick auf die Koordination der Dreharbeiten im Bereich der Wiener Stadtverwaltung.

Über 300 Film- und Fernsehprojekte in- und ausländischer Produktionsfirmen und Fernsehstationen sowie der Filmakademie langten im Wiener Filmbüro ein. Dafür wurden Foto- und Drehgenehmigungen für über 1.000 Motive auf unbürokratischem, serviceorientiertem Weg erteilt.

Zu den nennenswertesten Fernsehproduktionen 1996 zählen: „Kaisermühlen-Blues“, „Kommissar Rex“, „Fröhlich geschieden“, „Bernhardiner & Katz“, „Confetti TiVi“, „Knickerbocker-Bande“, „Bezirksvideos“, „Ritter der Lüfte“ u. a. m. Erwähnenswerte Kinofilmproduktionen mit der Location Wien waren: „Love in Paris“/MR-TV, „Schwarz-

fahrer"/Allegro Film, „Business for Pleasure"/Epo Film, „Hannah"/Star Film, „Der Unfisch"/Terra Film, „Bockerer II"/Epo Film, „Jedermanns Fest"/Wega Film.

Administrativ und redaktionell wurden die Produktionen „Hello Austria – Hello Vienna“, Bezirksvideos, Bordmagazine und der Kino-Expresß betreut.

Das Rundfahrtenbüro befaßt sich mit der Abwicklung der Rundfahrten und Führungen „Modernes Wien“. Im Jahr 1996 wurden 2.713 dieser mehrstündigen Touren und Fachführungen organisiert. Dabei konnten 91.235 Teilnehmer Wissenswertes über die Bundeshauptstadt Wien erfahren. Zur Hälfte handelte es sich bei den Gästen um SchülerInnen aus Wien und den übrigen Bundesländern. Im Zuge der Gruppenführungen für andere Interessierte wurden auch Sonder- und Fachführungen gestaltet. 72 Führungen wurden für Gäste aus dem Ausland fremdsprachig abgehalten. Im Rahmen der Aktion „Steig ein auf Wien“ wurden 1.409 Einzelkarten für 14 Routen verkauft.

Der Übersetzungsdienst wurde am 29. November 1996 von der Magistratsdirektion-Präsidialbüro in die MA 53 transferiert. Die Gesamtzahl der ab diesem Zeitpunkt bearbeiteten Geschäftsstücke betrug 193 (einschließlich EU-Dokumentationen, Gesetzestexte, Broschüren usw.), wobei 17 Sprachbereiche vertreten waren. Die Gesamtzahl der im Jahr 1996 bearbeiteten Schriftstücke war 3.193, die Anzahl der Sprachbereiche 38.

Wie in den vergangenen Jahren sorgte der Übersetzungsdienst auch im Jahr 1996 für Dolmetschdienste bei Empfängen, Fachgesprächen, Führungen, offiziellen Besuchen, Verhandlungen und Konferenzen der verschiedenen Abteilungen und Dienststellen des Magistrats.